



C/2025/1583

26.3.2025

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

25. März 2025

(C/2025/1583)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0825	CAD	Kanadischer Dollar	1,5459
JPY	Japanischer Yen	162,32	HKD	Hongkong-Dollar	8,4160
DKK	Dänische Krone	7,4599	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8834
GBP	Pfund Sterling	0,83565	SGD	Singapur-Dollar	1,4459
SEK	Schwedische Krone	10,7975	KRW	Südkoreanischer Won	1 587,16
CHF	Schweizer Franken	0,9539	ZAR	Südafrikanischer Rand	19,6632
ISK	Isländische Krone	144,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,8571
NOK	Norwegische Krone	11,3090	IDR	Indonesische Rupiah	17 931,67
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	4,8020
CZK	Tschechische Krone	24,884	PHP	Philippinischer Peso	62,276
HUF	Ungarischer Forint	398,00	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,1635	THB	Thailändischer Baht	36,637
RON	Rumänischer Leu	4,9756	BRL	Brasilianischer Real	6,2051
TRY	Türkische Lira	41,1079	MXN	Mexikanischer Peso	21,6540
AUD	Australischer Dollar	1,7123	INR	Indische Rupie	92,7728

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2025/1703

26.3.2025

Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Beitrag der Programmplanung von LEADER und CLLD nach 2027 zu einer besseren Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU

(C/2025/1703)

Berichterstatter: Thibaut GUIGNARD (FR/EVP), Bürgermeister von Pleuc-l'Hermitage

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR),

Allgemeine Bemerkungen

1. weist darauf hin, dass die Europäische Union zu 80 Prozent aus ländlichen Gebieten besteht und die dortige Bevölkerung immer häufiger das Gefühl hat, an den Rand gedrängt zu werden, was mit einer zunehmenden Europaskepsis einhergeht;
2. stellt fest, dass es mit der LEADER-Methode seit 1991 und in weiterer Folge mit dem Instrument für von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung (CLLD) über Lokale Aktionsgruppen (LAG) erfolgreich gelingt, lokale Akteure in den ländlichen Gebieten auf der Grundlage maßgeschneiderter, innovativer Strategien zu mobilisieren und zu stärken. Die an den lokalen Gegebenheiten in den Regionen und Gemeinden ausgerichteten Initiativen tragen somit zur Verwirklichung der EU-Ziele bei;
3. hebt den demokratischen Mehrwert dieser territorialen Ansätze hervor. Indem die Gemeinwesen vor Ort stärker direkt in die Gestaltung der eigenen Entwicklung eingebunden werden, trägt die von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung zur Wahrung der Grundwerte der EU wie Bürgerbeteiligung und sozialer Zusammenhalt bei. Die LAG in den ländlichen Gebieten sind veritable europäische Vorzeigeprojekte, schaffen sie doch eine Verbindung zwischen der Mehrheit der vor Ort tätigen Akteure und der EU. Auch im Neuen Europäischen Bauhaus wird anerkannt, dass auf lokaler Ebene gehandelt werden muss, denn dort können die Ergebnisse unmittelbar umgesetzt werden und sind sofort sichtbar und spürbar, und die Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen können zu einem ganzheitlichen Ansatz zusammengeführt werden; ⁽¹⁾
4. bedauert, dass die *langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU* nicht in einem Weißbuch mit formelleren Organisationsbefugnissen veröffentlicht wurde und es trotz einer entsprechenden Forderung des Europäischen Parlaments in seiner Entschliessung vom 3. Oktober 2018 weiterhin keine europäische Agenda für den ländlichen Raum gibt; bedauert ferner, dass die Kommissionsmitteilung aufgrund ihrer verzögerten Veröffentlichung nicht vollständig im derzeitigen Programmplanungsrahmen berücksichtigt werden kann, und nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Grundsätze der integrierten territorialen Entwicklung und von CLLD nicht genug hervorgehoben werden;
5. bedauert, dass die ländlichen Gebiete, die doch ein echtes Aushängeschild für Europa sind, nach wie vor allzu oft außer Acht gelassen werden. Angesichts der anhaltenden Herausforderungen, wie dem demografischen und dem digitalen Wandel, der Notwendigkeit einer nachhaltigen Landwirtschaft zur Erzeugung erschwinglicher und hochwertiger Lebensmittel sowie der Anpassung an den Klimawandel, leiden diese Gebiete unter der unzureichenden Koordinierung der politischen Maßnahmen. Dadurch kommt es zu erheblichen Rückständen bei der demokratischen Teilhabe sowie beim Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, Infrastrukturen und Arbeitsplätzen ⁽²⁾. Dies trübt das Image der EU, untergräbt die Bemühungen zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zwischen den EU-Regionen und nährt eine besorgniserregende Europaskepsis, wodurch die Einheit und Stabilität der Union gefährdet wird;

⁽¹⁾ Neues Europäisches Bauhaus, 2023, S. 6.

⁽²⁾ Perpiña Castillo, C., Jacobs-Crisioni, C., Barranco, R., Curtale, R., Kompil, M., Vallecillo, S., Auteri, D. und Dijkstra, L., *Opportunities and challenges for remote rural areas in the European Union*, Europäische Kommission, Ispra, 2023, JRC135398; Vilcu, R., Van den Bossche, L., Altman, N., Ziegler, V., Salle, E., Zomer, B., *Empowering rural areas in multi-level governance processes*, SHERPA-Positionspapier.

6. fordert mit Blick auf die jüngsten Studien und Berichte ^(?), die territoriale („ortsbezogene“) Politik durch den Ausbau der Kapazitäten des Instruments CLLD-LEADER zu stärken und gezielter auszurichten und so die zunehmenden Forderungen nach Entwicklung des ländlichen Raums und der Stärkung des territorialen Zusammenhalts zu erfüllen. Diese Programme haben sich für die Stärkung der ländlichen Gebiete als wirksam erwiesen, müssen aber nun angepasst werden, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden;
7. dringt darauf, CLLD-LEADER als bereits in allen ländlichen Gebieten Europas verankertes und bekanntes Instrument vollständig in die langfristige Vision für ländliche Gebiete zu integrieren und die Verwirklichung der Ziele dieser Vision zu unterstützen; betont, dass die Stärkung maßgeschneiderter, integrierter Instrumente wie CLLD die Akzeptanz der politischen Maßnahmen in den Regionen steigert und zur Förderung ortsbezogener Ansätze in der Kohäsionspolitik beiträgt;
8. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Kapazitäten von CLLD-LEADER vollständig auszuschöpfen, und weist darauf hin, dass das Programm auch weiterhin mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden muss, um eine lebendige und florierende Wirtschaft in den ländlichen Gebieten zu erhalten und zu stärken;
9. fordert, diese Überlegungen in einen breiteren Kontext einzubetten und auch der Fragmentierung der EU-Mittel für ländliche Gebiete Rechnung zu tragen. Zwar hat der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Vergangenheit den größten Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Gebiete geleistet, jedoch wurden ländliche Infrastrukturen und Dienstleistungen sowie die lokale Entwicklung im Allgemeinen bei der Ausweitung der Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik in den letzten Jahren kaum berücksichtigt;
10. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die integrierte und von der örtlichen Bevölkerung betriebene territoriale Dimension der Entwicklung des ländlichen Raums von allen Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigt wird. Zudem müssen ihre Umsetzung und Auswirkungen in den Strategieplänen der Gemeinsamen Agrarpolitik, den Partnerschaftsabkommen für die kohäsionspolitischen Programme und den Aufbau- und Resilienzplänen bewertet werden;
11. ist der Ansicht, dass auch andere Fonds wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) und der Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) Chancen und Lösungsansätze für den ländlichen Raum bieten;
12. fordert, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die soziale Inklusion, Dienstleistungen für die ländliche Bevölkerung, Innovation sowie die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Wirtschaft aus allen EU-Strukturfonds zu unterstützen und in diesem Rahmen die erforderliche Infrastruktur für die ländlichen Gemeinwesen bereitzustellen, einschließlich ausreichend angemessenen und erschwinglichen Wohnraums. Ein Teil dieser Mittel sollte für die Stärkung territorialer Ansätze in ländlichen Gebieten durch CLLD für die nichtlandwirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums vorgesehen werden, um die im Rahmen des LEADER-Ansatzes geförderten Maßnahmen zu ergänzen. Dies ist eine wichtige Möglichkeit zur Bewältigung der „Geografie der Unzufriedenheit“;
13. ist der Auffassung, dass der Zugang zu den Förderinstrumenten und -verfahren der EU unbedingt durch einen kohärenten und flexiblen Ansatz für die territoriale Entwicklung vor allem von ländlichen Gebieten unter Wahrung der Grundsätze der Multi-Level-Governance und der Partnerschaft insbesondere im Hinblick auf eine künftige EU-Erweiterung vereinfacht werden muss;

Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für ländliche Gebiete

14. betont, wie wichtig es ist, einen kohärenten und flexiblen Förderansatz für die Regionen und Gemeinden zu entwickeln, indem der Zugang zu EU-Mitteln durch integrierte und für die verschiedenen Fonds einheitliche Verfahren vereinfacht und erleichtert wird;
15. empfiehlt, in Erwartung eines neuen Ansatzes verstärkt auf fondsübergreifende Finanzierungen zu setzen und gleichzeitig vorrangig den mit den derzeitigen Verfahren verbundenen übermäßigen Verwaltungsaufwand zu verringern;
16. empfiehlt, die Verwaltungsbehörden dazu anzuhalten, sich bis zum Ende des Programmplanungszeitraums 2021–2027 an den bewährten Verfahren für eine flexiblere LEADER-Finanzierung zu orientieren;

^(?) Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen *Evaluation on the impact of LEADER on Balanced Territorial Development*, 2024;
Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Münch, A., Gorny, H., Badouix, M., Gaugitsch, R. et al., **Study on funding for EU rural areas – Final report**, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024;
Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen – Begleitunterlage zum 9. Kohäsionsbericht (nur auf EN).

17. schlägt vor, für den Zeitraum nach 2027 neue Umsetzungsinstrumente zur verstärkten Unterstützung der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung (CLLD-LEADER) in den 27 Mitgliedstaaten einzurichten. Diese Instrumente würden sich auf einen gemeinsamen Topf mit folgenden Elementen stützen: a) einem federführenden Fonds, dessen Verwaltungsverordnung für Beiträge aus den anderen mobilisierten Fonds wie dem ELER, dem EFRE, dem ESF+ und dem JTF gelten würde; b) vereinfachten Vorschriften für Kleinprojekte, um den Verwaltungsaufwand für die Begünstigten zu verringern und den Zugang zu Finanzmitteln für innovative lokale Initiativen zu erleichtern, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Gebiete zugeschnitten sind. Vorzugsweise sollten Pauschalbeträge gezahlt werden, was z. B. in Estland und Polen gut funktioniert; c) einem obligatorischen Anteil der Finanzmittel aus jedem betroffenen Fonds für CLLD (Zweckbindung), was eine erhebliche Unterstützung für die schutzbedürftigsten Gebiete, insbesondere ländliche, stadtnahe, Berg-, Insel- und Grenzgebiete, garantieren würde. Mithilfe dieses neuen Verwaltungsmodus könnte dem Vertrag von Lissabon durch die Stärkung des territorialen Zusammenhalts zu voller Geltung verholfen und eine effizientere Ausschöpfung der für die Mitgliedstaaten bereitgestellten Finanzmittel, vor allem in den ländlichen Gebieten, ermöglicht werden;

Nutzung der Dynamik der LAG und Einbeziehung der Interessenträger

18. fordert, die strategische Rolle der teils seit 1991 auf nationaler und regionaler Ebene tätigen LAG bei der Konzipierung innovativer, auf die Bedürfnisse der ländlichen Gebiete zugeschnittener Lösungen stärker anzuerkennen. Die aus ortskundigen Experten zusammengesetzten LAG verfügen über fundierte Kenntnisse der lokalen Besonderheiten und der jeweiligen Entwicklungsfaktoren;

19. fordert die Verwaltungsbehörden auf, die LAG stärker als Institutionen anzuerkennen und sie bei der Ausarbeitung einer Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums zu unterstützen. Die LAG müssen über mehr Mittel und mehr Autonomie verfügen, damit sie vor Ort möglichst viel bewirken können. Sie sind nicht nur für die Umsetzung von Projekten zuständig, sondern spielen eine wesentliche Rolle bei der Stärkung des territorialen Zusammenhalts und beim Aufbau lokaler Netze;

20. weist darauf hin, dass die LAG angemessen kontrolliert werden müssen. Es gilt, die Aktivitäten dieser Gruppen zu kontrollieren, um den Zugang zu ihrer Verwaltung unter gleichen Bedingungen auf der Grundlage der Verdienste und der Erreichung der Ziele zu bewerten;

21. fordert die Verwaltungsbehörden auf, sich auch weiterhin für einen ganzheitlicheren und stärker auf Teilhabe ausgerichteten Ansatz für die Entwicklung des ländlichen Raums einzusetzen. Die Verwaltungsbehörden müssen den Zusammenhalt und die Entwicklung der Gebiete wieder stärker als Ziele in den Fokus nehmen. Dazu müssen die Kompetenzen in den Bereichen Verwaltung und Finanzen im ländlichen Raum gestärkt werden;

22. fordert, neben den bereits in den LAG präsenten Experten und Vertretern des privaten und des öffentlichen Sektors die verstärkte Teilnahme von Vertretern der Zivilgesellschaft zu unterstützen;

23. fordert eine stärkere Einbindung von Frauen in die Entscheidungsgremien von LEADER-Projekten und CLLD und ruft alle gesellschaftlichen Gruppen – von jungen Menschen bis hin zu Senioren – dazu auf, sich an der Planung und der Ausgestaltung von Projekten zu beteiligen;

24. regt an, verstärkt darauf hinzuweisen, dass im Rahmen von LEADER Innovationen ermöglicht werden können, indem innovative Projekte gefördert werden, ohne dabei neue Bürokratie aufzubauen;

25. schlägt vor, über CLLD-LEADER verstärkt zu kommunizieren und zu informieren, damit die lokalen Akteure die Vorteile dieses Instrument in vollem Umfang nutzen können. Die lokalen Behörden, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Gebieten, müssen besser über die Möglichkeiten informiert werden, die es bietet, um sie beim Zugang zu EU-Mitteln zu unterstützen;

26. schlägt vor, spezielle Schulungsprogramme für lokale Akteure, insbesondere für LEADER-Verantwortliche und gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, einzurichten, um deren Kompetenzen im Bereich CLLD-LEADER zu stärken. Diese Schulungen müssen das Verständnis der zur Verfügung stehenden Instrumente verbessern, für Stabilität beim Projektmanagement sorgen, Kontinuität innerhalb der Teams gewährleisten sowie integrierte Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums in den Vordergrund rücken. Dabei sollte der Schwerpunkt auf Innovation, Kompetenzerwerb, fondsübergreifenden Ansätzen und dem wirksamen Einsatz von CLLD-LEADER-Instrumenten zur Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung liegen; dringt nachdrücklich darauf, die Finanzierung der territorialen Planung für die Träger ländlicher Projekte zu ermöglichen, um die wirtschaftliche und ökologische Resilienz zu stärken;

27. fordert die Konzipierung maßgeschneiderter Begleitprogramme für LAG, lokale Verbände und andere potenzielle Begünstigte, um stärker für die Ausschöpfung der kohäsionspolitischen Mittel zu sensibilisieren und die Durchführung von Projekten auf lokaler Ebene bis zum Ende des Programmplanungszeitraums 2021–2027 zu erleichtern;

28. schlägt vor, für die Zeit nach 2027 Schulungsprogramme einzurichten, die allen Akteuren im ländlichen Raum, einschließlich den für die Verwaltung von EU-Mitteln zuständigen Behörden, lokalen Mandatsträgern, LAG sowie weiteren Interessenträgern, offen stehen. Diese Programme müssen die Grundprinzipien von CLLD-LEADER in die Praxis umsetzen, die Handlungskompetenz stärken und das horizontale Management, die Entscheidungsfindung und die dezentrale Organisation fördern;

29. ruft dazu auf, verstärkt auf Weiterbildungsmaßnahmen zu setzen, um insbesondere in Ländern mit stärker ausgeprägter Mobilität zu verhindern, dass LEADER-Verantwortliche wegziehen, wie dies gegenwärtig häufig der Fall ist. Außerdem sollte die lokale Verwaltung der Mittel verbessert werden, indem für ein besseres Verständnis der Finanzierungsmechanismen und der Mechanismen der territorialen Steuerung gesorgt wird;

Mehr Vertrauen in CLLD und LEADER

30. fordert, das gegenseitige Vertrauen zwischen den Interessenträgern zu fördern, um die Wirksamkeit von CLLD zu steigern. Das Konzept hat sich nämlich insbesondere im Rahmen von LEADER in mehreren Mitgliedstaaten sowie vor allem dort, wo lokale Gebietskörperschaften und Behörden diesen vertrauen, als flexibel und wirksam erwiesen. Vertrauen ist für die erfolgreiche Umsetzung dieser territorialen Instrumente von entscheidender Bedeutung;

31. regt an, eine Vereinbarung über gegenseitiges Vertrauen zwischen der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten, den Verwaltungsbehörden, den LAG und den Projektträgern vorzuschlagen. Eine solche Vereinbarung muss sowohl darauf abzielen, „Gold-Plating“ zu vermeiden, die Überregulierung zu verringern und die Zahl der von den Behörden unterschiedlicher Ebenen geforderten Mehrfachprüfungen zu senken, als auch darauf, eine solide Verwaltung der Mittel zu gewährleisten. Es geht darum, ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz vor Risiken und einem reibungslosen Zugang zu EU-Mitteln zu finden;

32. schlägt vor, den Einsatz von Vorfinanzierungs- und Vorauszahlungsverfahren für Kleinprojekte sowie insbesondere für von Unternehmen, Verbänden oder KMU getragene Projekte in allen Mitgliedstaaten zu fördern. Derzeit werden die Kosten häufig erst nach Projektabschluss erstattet, was für einige lokale Akteure, die nicht finanzstark genug sind, um die erforderlichen Mittel vorzustrecken, ein Hindernis darstellt;

33. ruft die Mitgliedstaaten, in denen die Möglichkeit der Vorfinanzierung bereits genutzt wird, dazu auf, ihre diesbezüglichen Erfahrungen mit denjenigen zu teilen, in denen diese Vorgehensweise weniger üblich ist, und so dafür zu sorgen, dass davon stärker Gebrauch gemacht wird; fordert darüber hinaus die Einführung eines Verfahrens, um zu gewährleisten, dass nach Genehmigung eines Projekts systematisch eine Vorauszahlung in Höhe von 80 Prozent des gewährten Zuschusses geleistet wird. Diese Regelung zielt darauf ab, die Liquiditätsengpässe der Projektträger, insbesondere in ländlichen und besonders schutzbedürftigen Gebieten, zu verringern und gleichzeitig die Effizienz und den Zugang zu EU-Mitteln zu verbessern;

Stärkung der lokalen Autonomie bei gleichzeitiger Verstärkung der Kontrollen auf EU-Ebene

34. ruft dazu auf, die Nutzung des Mechanismus zur Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum bei der Ausarbeitung von EU-Rechtsvorschriften und der Festlegung des institutionellen Rahmens auf EU-Ebene, insbesondere im Hinblick auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, sowie in der nationalen und regionalen Politik der Mitgliedstaaten zu unterstützen und zu stärken;

35. schlägt vor, alle einschlägigen Generaldirektionen der Europäischen Kommission mindestens zweimal pro Programmplanungszeitraum in eine Abschätzung der territorialen Folgen der von ihnen verantworteten politischen Maßnahmen einzubeziehen. Eine solche Bewertung würde dazu beitragen, eine präzisere Vergleichsgrundlage zu schaffen und Möglichkeiten zu ermitteln, wie den Besonderheiten der ländlichen Gebiete in den politischen Maßnahmen der EU besser Rechnung getragen werden kann;

36. ermuntert die Mitgliedstaaten, ihre eigenen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums nach einer gemeinsamen, von der Europäischen Kommission vorzuschlagenden Methodik eingehend zu bewerten. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass den Bedürfnissen des ländlichen Raums besser Rechnung getragen wird und die politischen Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene besser aufeinander abgestimmt werden;

37. empfiehlt, zu bewerten, ob sich ein leistungsbasierter Ansatz im Hinblick auf die Stärkung der Wirksamkeit der Politik für die ländlichen Gebiete positiv auswirkt. Dazu müsste ein Teil der Mittel für die Umsetzung spezifischer und messbarer Ziele zweckgebunden und so sichergestellt werden, dass die Mittel auch tatsächlich dort zum Einsatz gelangen, wo sie eine reelle und dauerhafte Wirkung entfalten.

Brüssel, den 20. Februar 2025

Die Präsidentin
des Europäischen Ausschusses der Regionen
Kata TÜTTŐ



C/2025/1704

26.3.2025

Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Unterstützung von KMU in regionalen Wertschöpfungsketten — Förderung der Lokalwirtschaft

(C/2025/1704)

Berichterstatter: Oszkár SESZTÁK (HU/EKR), Mitglied einer versammlung Der Regionalen Ebene: Komitatsrat von Szabolcs-Szatmár-Bereg

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR),

Wettbewerbsfähigkeit und globale Wertschöpfungsketten

1. nimmt zur Kenntnis, dass die Welt nach einem jahrzehntelangen, durch den zunehmenden internationalen Handel und die Globalisierung befeuerten Wachstum nunmehr in einen neuen ökonomischen Megazyklus mit einer Zunahme von Protektionismus und weltweitem Wettlauf um Märkte und Ressourcen eintritt. Dies wird durch die Verbreitung künstlicher Intelligenz und ungleiche Ziele hinsichtlich der Dekarbonisierung noch untermauert;
2. stellt fest, dass nach der COVID-19-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und weiteren geopolitischen Spannungen, die durch die technologische Entwicklung noch verschärft werden, Regierungen und Wirtschaftsakteure zunehmend Sicherheit und Resilienz anstreben und dabei die Vor- und Nachteile globaler Wertschöpfungsketten gegeneinander abwägen. Dies erfordert die Diversifizierung der Versorgungsgrundlage, die Rück- und Nahverlagerung von Produktionskapazitäten und die Optimierung von Geschäftsmodellen;
3. ist der Ansicht, dass durch die weltweite Tendenz zur Annäherung der – sich auf lokale Lieferanten und Kunden stützenden – Wertschöpfungsketten an die Heimatmärkte, basierend auf der Herstellung „in der Region, für die Region“, neue Wachstumsmöglichkeiten entstehen können. Die Verlagerung von Produktion und Verbrauch (zurück) auf lokale und regionale Märkte kann das endogene wirtschaftliche Potenzial zur Entfaltung bringen;
4. ist besorgt über die schwache Wirtschaftsleistung und schwindende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und insbesondere ihrer KMU, die aufgrund der derzeitigen globalen wirtschaftlichen Unsicherheiten mit beispiellosen Schwierigkeiten wie Engpässen in den Lieferketten, Arbeits- und Fachkräftemangel sowie unfairem Wettbewerb in Verbindung mit hohen Energiepreisen und zunehmendem Regelungsaufwand in Europa zu kämpfen haben, wodurch die wirtschaftlichen Aktivitäten der KMU erschwert werden;
5. befürwortet die Berichte von Letta und Draghi über die Zukunft des Binnenmarkts und die Wettbewerbsfähigkeit der EU und hofft, dass die ersten Diagnosen über die Lage der EU-Wirtschaftsleistung und die Zukunftsperspektiven dafür sensibilisieren werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Binnenmarkt dringend gestärkt werden müssen; begrüßt die von den Staats- und Regierungschefs der EU verabschiedete Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit⁽¹⁾ und ihre Verpflichtung, die Union wettbewerbsfähiger, produktiver, innovativer und nachhaltiger zu gestalten und dabei auf den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt aufzubauen und für Konvergenz und gleiche Wettbewerbsbedingungen sowohl innerhalb der Union als auch weltweit zu sorgen;
6. begrüßt nachdrücklich, dass Draghi in seinem Bericht für einen starken Binnenmarkt und eine Neuausrichtung der EU und ihrer Arbeit eintritt, wobei den Strategien und Maßnahmen mit dem größten Mehrwert für die Union Vorrang einzuräumen ist. Dies wird seiner Ansicht nach zu einer größeren Autonomie der Mitgliedstaaten, Regionen und Städte führen, die die politischen Maßnahmen und Ziele der EU dann ihrerseits so gestalten können, dass sie ihren operativen Verfahren und der Dynamik ihrer Region am besten entsprechen;

⁽¹⁾ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/08/the-budapest-declaration>.

7. bedauert die negativen Auswirkungen der zunehmenden Zahl von EU-Rechtsvorschriften auf KMU und die Wettbewerbsfähigkeit; bekräftigt die im Draghi-Bericht formulierte Forderung, dass die Kommission vor der Annahme neuer Rechtsvorschriften zu Beginn einer jeden Mandatsperiode eine systematische Bewertung und Stresstests aller bestehenden EU-Rechtsvorschriften und -Verordnungen durchführen sollte. Darauf sollte die Kodifizierung und Konsolidierung der EU-Rechtsvorschriften nach Politikbereichen folgen, einschließlich der Vereinfachung und Beseitigung von Überschneidungen und Unstimmigkeiten in der gesamten Gesetzgebungskette, um ein wettbewerbsfähigeres Umfeld für das Wachstum von KMU zu schaffen;

8. begrüßt die in den Mandatsschreiben der Präsidentin der Europäischen Kommission an die designierten Kommissionsmitglieder enthaltene Forderung, dafür zu sorgen, dass die bestehenden Vorschriften ihren Zweck erfüllen, und sich auf Bürokratieabbau und die Vereinfachung der Rechtsvorschriften zu konzentrieren, um so zur Verringerung der Berichtspflichten um mindestens 25 % – und für KMU um mindestens 35 % – beizutragen⁽²⁾; nimmt erfreut die Zusage der Kommission zur Kenntnis, diese 25 %- bzw. 35 %-ige Verringerung des Verwaltungsaufwands zur Deckung der Kosten sämtlicher Verwaltungslasten auszuweiten, und fordert die Kommission auf, die anstehenden Omnibus-Vereinfachungspakete unverzüglich zu veröffentlichen, damit insbesondere KMU die dringlich erwartete regulatorische Entlastung gewährt wird;⁽³⁾

9. unterstützt die Ziele des im Letta-Bericht postulierten neuen Konzepts der „Freiheit, zu bleiben“ und schlägt vor, es durch entschlossene Maßnahmen zur Unterstützung des wirtschaftlichen Grundes für einen Verbleib zu untermauern, indem dringend notwendige Binnenmarktreformen mit Instrumenten zur Förderung der regionalen Konvergenz und des territorialen Zusammenhalts einhergehen; erachtet die EU-Kohäsionspolitik der EU und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse als die richtigen politischen Instrumente, um diese Ziele zu erreichen; spricht sich dafür aus, Anreize für die Bevölkerung zu schaffen, kleinere Städte und ländliche Siedlungen nicht zu verlassen, und zugleich eine lebendige und wettbewerbsfähige KMU-Landschaft in den Regionen der EU sicherzustellen, in denen Unternehmen in der gesamten EU Arbeitsplätze und leicht zugängliche Waren und Dienstleistungen anbieten;

Unterstützung von KMU

10. unterstützt eine starke ortsbezogene Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der lokale, oftmals familiengeführte KMU auf regionaler Ebene zu bedeutenden Wirtschaftsakteuren und häufig zu Lieferanten für große multinationale Unternehmen wachsen können, im Einklang mit den neuesten technologischen Entwicklungen produzieren und bei der Einhaltung von Umweltvorschriften und der beruflichen Bildung eine Vorreiterrolle einnehmen. Für sie ist es wesentlich, dass die Region ausländische Direktinvestitionen anzieht und möglichst viele Zulieferaufträge erhält. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die regionalen und lokalen Verwaltungen spezifische Initiativen auf den Weg bringen, um Talente für und internationale Investitionen in KMU in ihren jeweiligen Gebieten zu mobilisieren, deren Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten zu erleichtern sowie Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung und örtliche Kaufkraft zu schaffen, die für eine florierende Lokalwirtschaft notwendig sind;

11. unterstützt die Entwicklung europäischer interregionaler Wertschöpfungsketten durch die Förderung einer stärkeren Integration und Zusammenarbeit zwischen ortsbezogenen Innovationsökosystemen; misst der EU Finanzierung zu diesem Zweck eine zentrale Bedeutung bei, insbesondere im Rahmen von Horizont Europa und dem Programm „Digitales Europa“; ist jedoch besorgt über die Fragmentierung der Finanzierung, die weiter gestrafft werden muss, damit die lokalen und regionalen Begünstigten ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Bei all diesen Maßnahmen ist das Subsidiaritätsprinzip zu beachten;

12. fordert bei gleichzeitiger Bekräftigung des Subsidiaritätsprinzips mehr Kohärenz und Konvergenz der politischen Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene und eine stärkere Verbreitung grenzüberschreitender Verfahren, unter anderem durch EU-Instrumente wie das Enterprise Europe Network (EEN) und Städtepartnerschaften;

13. bekräftigt im Einklang mit der AdR-Stellungnahme zur Stärkung der regionalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit⁽⁴⁾, dass die KMU einen wesentlichen Beitrag zur Diversifizierung des regionalen Wirtschaftsgefüges und der regionalen Lieferketten sowie zur Resilienz der regionalen Wirtschaft leisten, zumal die Abhängigkeit der Regionen von einigen wenigen großen Arbeitgebern ihre Anfälligkeit für wirtschaftliche Schocks im Falle von Desinvestitionen erhöht; stellt gleichzeitig fest, dass KMU von Krisen oftmals am stärksten betroffen sind;

⁽²⁾ https://commission.europa.eu/document/download/1bf50cbe-45a4-4dc5-9922-52c6c2d3959f_en?filename=Mission%20letter%20-%20FITTO.pdf.

⁽³⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0030&qid=1740651942685>.

⁽⁴⁾ Stellungnahme des AdR: „Europas Regionen gegen Schocks wappnen: Stärkung der lokalen und regionalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit bei der strategischen Entwicklung des Binnenmarkts“ (Berichterstatter: Ilpo Heltimoinen (FI/EKR)).

14. spricht sich für eine stärkere Integration von KMU in regionale Wertschöpfungsketten aus; empfiehlt, anhand der kollektiven Intelligenz ortsbezogener Cluster und industrieller Netzwerke der EU die zentralen Bestandteile des Industriepfandes zum Grünen Deal umzusetzen sowie die Wertschöpfungs- bzw. Lieferketten widerstandsfähiger zu machen, Synergien zu schaffen und mit KMU zusammenzuarbeiten. Für das Erreichen dieser Ziele ist es besonders sinnvoll, Maßnahmen zur Förderung von lokalen und regionalen Clustern umzusetzen;

15. ist jedoch besorgt darüber, dass kleinere und finanziell schwächer aufgestellte Kleinstunternehmen vor einzigartigen Herausforderungen stehen, wie unter anderem dem Zugang zu neuen regionalen und nationalen Märkten. Sie müssen eine reibungslose Unternehmensnachfolge gewährleisten, sich um Zugang zu Finanzmitteln bemühen, sich im internationalen/globalen Wettbewerb behaupten, steigende Mieten in Städten bewältigen, weiter expandieren, Innovationen einführen und mit der Digitalisierung schritthalten; bekräftigt seine Forderung, die im KMU-Entlastungspaket enthaltenen Maßnahmen in enger Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und weiteren territorialen Akteuren umzusetzen. Diese stehen in vorderster Front bei der Konzipierung spezifischer Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung und Unterstützung für KMU, Start-ups und Selbstständige und helfen diesen im Wesentlichen dabei, sich an die wirtschaftlichen Veränderungen anzupassen; ist der Auffassung, dass der anstehende Vorschlag für ein 28. Regime ^(⁵) zur Unterstützung von Unternehmen bei Investitionen und Aktivitäten auf dem Binnenmarkt, ohne sich mit 27 unterschiedlichen Rechtsrahmen auseinandersetzen zu müssen, viele dieser Probleme, insbesondere für Start-ups und Scale-ups, beseitigen würde;

16. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um eine Verringerung des Regelungsaufwands für KMU zu verstärken und den Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ als echtes Paradigma, das während des gesamten Gesetzgebungszyklus der EU gilt, uneingeschränkt anzuerkennen; hofft sehr, dass die Kommission sowie die Mitgesetzgeber diesen Grundsatz in der neuen Legislaturperiode uneingeschränkt übernehmen und umsetzen und sich verpflichten, die kumulativen Auswirkungen der europäischen und nationalen Rechtsvorschriften auf KMU zu verringern; begrüßt den anstehenden Vorschlag für eine neue Definition des Begriffs „kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung“ ^(⁶), die analog zu KMU in den Genuss regulatorischer Vereinfachung kommen werden; betont allerdings, dass die Schaffung dieser neuen Unternehmenskategorie nicht die insbesondere für KMU maßgeschneiderten Vereinfachungsbemühungen untergraben darf;

Förderung der Lokalwirtschaft in den Regionen und Städten der EU

17. begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission, die sozioökonomische Leistung der Lokalwirtschaft, ihre Überschneidungen und Synergien mit der Sozial-, kollaborativen und Kreislaufwirtschaft sowie die Bemühungen um die Entwicklung eines Überwachungsrahmens weiter zu untersuchen;

18. stellt fest, dass die Lokalwirtschaft ein Ökosystem darstellt, das auf kurzen Wertschöpfungsketten in einem begrenzten geografischen Gebiet beruht und Tätigkeiten der örtlichen Wirtschaft sowie kleiner, in verschiedenen Wirtschaftszweigen tätiger Unternehmen umfasst. Deren langfristige Ausrichtung als Teil des lokalen Gemeinwesens – z. B. Familienunternehmen, die in einer generationenübergreifenden Perspektive denken, Kleinstunternehmen, die ortsspezifische Dienstleistungen erbringen, oder kleine und mittlere Unternehmen als Hauptarbeitgeber – sorgt für mehr Resilienz und trägt dazu bei, dass die Wirtschaft auf lange Sicht nachhaltig wächst und sich entwickelt;

19. betont, dass durch eine auf der geografischen Nähe basierenden Stadtentwicklung die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit gefördert wird; stellt fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt eng mit der Stadtplanung verknüpft ist und die Umsetzung von 15-Minuten-Städten ein großes Potenzial zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der geografischen Nähe birgt;

20. unterstreicht, dass diese Unternehmen eine Infrastruktur benötigen, sei es in Industrieparks, Gründerzentren oder Labors. Ein Schlüsselfaktor für die Gründung und den Erfolg lokaler Unternehmen ist der Zugang zu erschwinglichen Geschäftsräumen; betont ferner das Erfordernis einer hochwertigen Verkehrsinfrastruktur und Konnektivität, insbesondere für ländliche Gebiete und Regionen in Randlage;

21. bedauert, dass sich das Aufkommen großer Akteure im elektronischen Handel negativ auf den örtlichen Handel ausgewirkt hat; erachtet die Verbreitung der Lokalwirtschaft als Chance, dem Wirtschaftsleben durch die Ermutigung kleiner Unternehmen neues Leben einzuhauchen, sich neu zu erfinden und neue, digitale und CO₂-arme Geschäftsmodelle zu erproben;

^(⁵) <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52025DC0045>.

^(⁶) https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en.

22. erkennt an, dass dies auch eine Änderung der Verbrauchereinstellung erfordert, und fordert die Förderung stärker lokal ausgerichteter und nachhaltiger Konsumgewohnheiten; weist darauf hin, dass Zertifizierungen und Marken die lokale Dimension stärken und die Attraktivität lokaler Erzeugnisse erhöhen können; fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, die Sichtbarkeit lokaler Erzeugnisse auf internationaler Ebene weiter zu fördern;

23. teilt die Auffassung, dass die Entwicklung der Lokalwirtschaft auf lokaler und regionaler Ebene mit den zentralen Zielen der EU hinsichtlich der Förderung eines wettbewerbsfähigen, widerstandsfähigen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Stärkung der strategischen Autonomie der EU im Einklang steht. Die Förderung der Lokalwirtschaft erfordert eine stärkere Ausrichtung der politischen Maßnahmen auf die ortsbezogene Entwicklung, das Engagement der Bevölkerung und die Förderung nachhaltiger Geschäftspraktiken. Dies geschieht vor dem Hintergrund der „Glokalisierung“ und der wachsenden Rolle der Städte – nicht nur als Erbringer öffentlicher Dienstleistungen, sondern auch als wirtschaftliche Triebkräfte aus einer führenden Position heraus beim Aufbau öffentlich-privater Partnerschaftsnetze;

24. ruft die Europäische Kommission auf, das Konzept der Lokalwirtschaft angemessen in geeignete EU-Initiativen wie die Initiative „Intelligente Spezialisierung“ (S3) und die neue EU-Innovationsagenda zu integrieren und so Regionen, ländliche Gemeinwesen und städtische Gebiete dazu anzuhalten, die Lokalwirtschaft mit ihren regionalen Strategien zu verknüpfen; spricht sich ferner für eine Aufstockung der Mittel für Akteure und Interessenträger der Lokalwirtschaft aus;

25. fordert die Kommission auf, das Bewusstsein für die verschiedenen Geschäftsmodelle der Lokalwirtschaft in verschiedenen industriellen Ökosystemen zu schärfen. Auch wenn die sektoralen Ansätze unterschiedlich sein können (z. B. Schwerpunkt des verarbeitenden Gewerbes auf ortsbezogene Innovation, der Agrar- und Ernährungswirtschaft auf die Verkaufseffizienz, des Bauwesens auf die Kreislaufwirtschaft, des Energiesektors auf die Gemeinschaftsfinanzierung usw.), veranschaulichen sie kollektiv eine gemeinsame Vision der Stärkung der lokalen Gemeinwesen und der lokalen Wertschöpfung;

26. betont, dass die Lokalwirtschaft eine starke Lokalverwaltung erfordert, um grundlegende lokale und regionale Voraussetzungen auf der Basis einer Mischung aus regulatorischen, planerischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu schaffen; unterstützt die Entwicklung neuer Strategien und den Austausch bewährter Verfahren durch interregionale Zusammenarbeit;

27. fordert die lokalen Gebietskörperschaften auf, z. B. durch Förderung von „vorstädtischen Zentren“, die zur Herstellung eines Gleichgewichts in den Städten beitragen, „vollwertige“ Stadtviertel mit einer Dichte und Vielfalt an Dienstleistungen und Einrichtungen zu schaffen, die eine höhere Lebensqualität für ihre Bewohner gewährleisten. Durch Investitionen in lokale Unternehmen und deren Förderung können Städte dazu beitragen, die Kaufkraft in der Region zu erhalten, Arbeitsplätze zu schaffen, Einwohner und Touristen anzuziehen, das Gemeinschaftsgefühl und die Identität der Stadt zu stärken und ein dynamisches städtisches Umfeld zu erhalten;

28. betont die strategische Rolle der Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Schaffung von Anreizen für die Entwicklung neuer innovativer und nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen und bei der Erleichterung des Marktzugangs für Unternehmen der Lokalwirtschaft; schlägt mit Blick auf die Überarbeitung der EU-Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge vor, Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung von KMU zu prüfen und sie mit lokalen Aspekten in Einklang zu bringen und zugleich die Bedeutung sozialer Auflagen für faire Arbeitsnormen und inklusives Wachstum zu unterstreichen. Der Gerichtshof der Europäischen Union weist seit seinem Urteil vom 27. Oktober 2005 in der Rechtssache C-234/03, Conste, darauf hin, dass Gebietsklauseln nach EU-Recht nicht untersagt sind. Der Einkauf im näheren Umkreis trägt dazu bei, den ökologischen Fußabdruck erheblich zu verringern, schwerwiegende Versorgungsprobleme im Zusammenhang mit den jüngsten Unterbrechungen der Transport- und Vertriebsketten infolge der COVID-19-Pandemie oder des Krieges in der Ukraine zu vermeiden und schließlich ein Instrument des territorialen Zusammenhalts zu schaffen, mit dem das Phänomen der zunehmenden Landflucht abgeschwächt wird;

29. fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, das Unternehmertum und Unternehmensübertragungen, die die Fortführung lebensfähiger, vom Verschwinden bedrohter Unternehmen erleichtern, zu fördern und entsprechend lokale Unternehmer bei der Anpassung ihres Modells an die Lokalwirtschaft zu unterstützen, Anreize für lokale Produktion und Verbrauch zu schaffen, in die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmen zu investieren sowie deren Marktzugang unterstützen;

30. weist darauf hin, dass die grundlegenden Voraussetzungen für die Entwicklung der Lokalwirtschaft in Gebieten mit natürlichen und demografischen Nachteilen, wie z. B. Regionen in äußerster Randlage, die von den europäischen Wertschöpfungsketten räumlich entfernt sind, sowie in Rand- und ländlichen Gebieten sehr unterschiedlich sind, und erkennt dabei auch Chancen, die durch die Wirtschaft kurzer Wertschöpfungsketten entstehen; hebt hervor, dass der Agrar- und Lebensmittelsektor einige bemerkenswerte bewährte Verfahren für auf geografischer Nähe basierende Lieferketten entwickelt hat, die in vielen ländlichen Gebieten unter aktiver Einbeziehung der lokalen Gebietskörperschaften nachgeahmt werden können;

31. betont, dass die Lokalwirtschaft nur florieren kann, wenn Fachkräfte angezogen und auch gehalten werden; weist darauf hin, dass Schwierigkeiten bei der Suche nach Arbeitnehmern mit den richtigen Kompetenzen in der jüngsten Eurobarometer-Umfrage ⁽⁷⁾ von den meisten Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen als Haupthindernis genannt wurden;

32. unterstreicht, dass Führungskompetenzen entwickelt werden müssen, die für florierende Unternehmen und die Gründung von Unternehmen durch junge Menschen wesentlich sind, insbesondere in Bereichen mit unterdurchschnittlicher unternehmerischer Aktivität; fordert die Finanzierung von Projekten, die Möglichkeiten des Peer-to-Peer-Lernens, zugängliche Mentoring-Dienste und einen lokalen Wissenstransfer umfassen, sowie von Bildungsprogrammen für junge Menschen zur Förderung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen, die die Grundlage für unternehmerische Initiative und den Eintritt in den Arbeitsmarkt bilden;

33. betont, dass die Integration von Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen unabdingbar ist, um die Kompetenzen der Arbeitskräfte mit den Anforderungen der Industrie in Einklang zu bringen, und dass dies am besten durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Bildungseinrichtungen und Industrien als Teil ortsgebundener unternehmerischer Ökosysteme erreicht werden kann;

34. fordert die lokalen und regionalen Akteure auf, zur Bewältigung der Nachfolgeprobleme vieler Unternehmen der Lokalwirtschaft beizutragen; ruft die EU und die nationalen Behörden auf, kohärente politische Rahmenbedingungen für Unternehmensübertragungen zu schaffen, und fordert mehr regionale Sensibilisierung und den grenzüberschreitenden Austausch bewährter Verfahren zur Erleichterung von Ökosystemen für Unternehmensübertragungen. Um dies zu fördern, sollten spezifische Programme für Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb und außerhalb der allgemeinen Bildung angeboten werden;

Impulse für den grünen und den digitalen Wandel der Lokalwirtschaft

35. betont, dass die Sozialwirtschaft die Lokalwirtschaft mit ähnlichen Zielen ergänzt und einen wirtschaftlichen Wert zugunsten der lokalen Gemeinwesen schaffen soll; ist davon überzeugt, dass der ökologische und digitale Wandel der Lokal- und Sozialwirtschaft im Rahmen des Binnenmarktprogramms maßgeschneidert unterstützt werden muss; schlägt ferner vor, dass ein spezifischer Arbeitsschwerpunkt des laufenden Projekts „Intelligente Cities Challenge“ (ICC) auf die Bereitstellung maßgeschneiderter Beratungs-, Lern- und Kooperationsmöglichkeiten für europäische Gemeinden, die ihre bürgernahe Wirtschaft entwickeln möchten, ausgerichtet wird. Dieses Projekt sollte durch Initiativen zur Förderung der lokalen Sozialwirtschaft ergänzt werden;

36. unterstreicht die strategischen Verbindungen zwischen der Lokal- und der Kreislaufwirtschaft, die für die Förderung kreislauforientierter Tätigkeiten auf der Grundlage von Wiederverwendung, Reparatur und Recycling von entscheidender Bedeutung sind; stellt insbesondere fest, dass sozialwirtschaftliche Organisationen auf lokaler Ebene eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Verfahren der Kreislaufwirtschaft spielen; begrüßt in diesem Zusammenhang die kürzlich veröffentlichten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Binnenmarktprogramms ⁽⁸⁾, die auf den Aufbau von Kapazitäten für KMU in der Sozialwirtschaft und die Entwicklung von Partnerschaften für kreislauforientierte Wertschöpfungsketten abzielen;

37. betont, dass eine Kreislaufwirtschaft neben der besseren strategischen Nutzung von Materialien, der Rohstoffersparnis und einer geringeren Abfallerzeugung die strategische Autonomie der EU stärkt, indem sie die Abhängigkeit von notwendigen neuen Einfuhren von Produkten und Primärressourcen verringert und die Regionen und Städte in der EU sowie das europäische Wachstumsmodell nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger macht;

⁽⁷⁾ European Year of Skills – Skills shortages, recruitment and retention strategies in small and medium-sized enterprises – September 2023 – Eurobarometer-Umfrage (europa.eu).

⁽⁸⁾ https://eisma.ec.europa.eu/funding-opportunities/calls-proposals/social-economy-enterprises-capacity-building-and-business-opportunities-social-circular-enterprises_en.

38. ist davon überzeugt, dass die Digitalisierung das Potenzial der Lokalwirtschaft neu beleben und ihr weiteres Wachstum steigern kann, auch wenn viele in lokalen Ökosystemen tätige KMU und Kleinstunternehmen weitere Unterstützung und Beratung benötigen, um die digitale Herausforderung in Chancen zu verwandeln; betont, wie wichtig lokale Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und Hochschulen sind, um die Digitalisierung und die Einführung von KI voranzubringen; verweist darauf, dass Programme zur Integration von Akteuren des digitalen Wandels gefördert werden müssen, die Unternehmen intern beraten und erläutern, wie sie ihre Digitalisierungsprozesse mit einem praktischen und echten Ansatz umsetzen sollten;

39. fordert die Europäische Kommission auf, technische Leitlinien und finanzielle Unterstützung für digitale Lösungen zugunsten lokaler Gemeinwesen bereitzustellen. Investitionen in intelligente Städte und Gemeinden sowie die Förderung und Unterstützung für die Erarbeitung und Umsetzung spezifischer lokaler Strategien in diesem Bereich tragen zur Entwicklung lokaler digitaler Infrastrukturen bei und fördern die Entwicklung von Kompetenzen. Die weitere Erschließung der EU-Datenwirtschaft durch die Förderung offener Datenanwendungen in allen Industriezweigen wird zu einer stärkeren Innovationsdynamik in den lokalen Ökosystemen und zu stärkeren Ausstrahlungseffekten auf die lokale Wirtschaft führen;

40. stellt fest, dass die Sektoren der Lokal- und insbesondere der Sozialwirtschaft einen erheblichen Mehrwert schaffen, indem sie Tech4good-Initiativen und kollaborative digitale Plattformen entwickeln, welche die Kraft der sozialen Innovation für zentrale gesellschaftliche Erfordernisse freisetzen und gleichzeitig räumliche Diskrepanzen zwischen Produktivität, Innovation und Arbeitsmarkttrends beseitigen;

41. betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein vielfältigeres und wettbewerbsfähigeres Technologieökosystem schaffen können, insbesondere durch die Einrichtung bzw. Unterstützung lokaler digitaler Plattformen und von Clustern als Schlüsselinstrumente der wissensbasierten Gesellschaft. Mit dieser strategischen Investition wird ein dynamischer und inklusiver lokaler Technologiesektor gewährleistet, in dem kleinere Plattformen und Unternehmen florieren und wertvolle Beiträge zu den Gemeinwesen, in denen sie tätig sind, leisten können;

42. fordert die Europäische Kommission auf, den Europäischen Ausschuss der Regionen umfassend in den neuen, für die kommenden Monate geplanten „Check-up der KMU und der Wettbewerbsfähigkeit“ sowie in die künftigen zweimal jährlich stattfindenden Umsetzungsdialoge ⁽⁹⁾ mit Interessenträgern einzubeziehen, um die Umsetzung der EU-Vorschriften, die sich auf Unternehmen auswirken, mit den Gegebenheiten vor Ort in Einklang zu bringen;

43. fordert die Europäische Kommission auf, dafür zu sorgen, dass all dies ohne weitere Regulierung, ohne zusätzliche Kosten für die europäischen Steuerzahler und ohne Erhöhung des bereits von KMU in der Europäischen Union zu schulternden Verwaltungsaufwands durchgeführt wird.

Brüssel, den 20. Februar 2025

Die Präsidentin
des Europäischen Ausschusses der Regionen
Kata TÚTTÓ

⁽⁹⁾ https://commission.europa.eu/document/download/1bf50cbe-45a4-4dc5-9922-52c6c2d3959f_en?filename=Mission%20letter%20-%20FITTO.pdf.



C/2025/1705

26.3.2025

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Eine starke europäische
Verteidigungsindustrie**

(C/2025/1705)

Berichterstatte :	Fernando LÓPEZ MIRAS (ES/EVP), Präsident der region Murcia
Referenzdokumente :	Gemeinsame Mitteilung „Eine neue europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich: Erreichen der Verteidigungsbereitschaft der EU durch eine reaktionsfähige und resiliente europäische Verteidigungsindustrie“ JOIN(2024) 10 final Vom 5. März 2024 VORSCHLAG für eine Verordnung zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP) Com(2024) 150 final vom 5. März 2024

I. EMPFEHLUNGEN FÜR ÄNDERUNGEN

Änderung 1

Erwägungsgrund 13

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Die in Artikel 73 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Möglichkeiten können angewandt werden, sofern das Projekt den Bestimmungen der genannten Verordnung und dem Anwendungsbereich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds Plus gemäß den Verordnungen (EU) 2021/1058 bzw. (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates entspricht. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn bei der Produktion maßgeblicher Verteidigungsgüter in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten – insbesondere in benachteiligten und abgelegenen Gebieten – ein spezifisches Marktversagen oder suboptimale Investitionsbedingungen zu verzeichnen sind und solche Mittel zur Erreichung der Ziele des Programms, von dem sie übertragen wurden, beitragen. Gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) 2021/1060 hat die Kommission die vom Mitgliedstaat eingereichten geänderten Programme zu bewerten und innerhalb von zwei Monaten nach der Einreichung des geänderten Programms Anmerkungen vorzubringen.	Die in Artikel 73 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Möglichkeiten können angewandt werden, sofern das Projekt den Bestimmungen der genannten Verordnung und dem Anwendungsbereich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds Plus gemäß den Verordnungen (EU) 2021/1058 bzw. (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates entspricht. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn bei der Produktion maßgeblicher Verteidigungsgüter in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten – insbesondere in benachteiligten und abgelegenen Gebieten sowie in Regionen, die der Gefahr einer konventionellen und nicht konventionellen militärischen Bedrohung am stärksten ausgesetzt sind – ein spezifisches Marktversagen oder suboptimale Investitionsbedingungen zu verzeichnen sind und solche Mittel zur Erreichung der Ziele des Programms, von dem sie übertragen wurden, beitragen. Gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) 2021/1060 hat die Kommission die vom Mitgliedstaat eingereichten geänderten Programme zu bewerten und innerhalb von zwei Monaten nach der Einreichung des geänderten Programms Anmerkungen vorzubringen. In jedem Fall sollten die unter die Verordnung (EU) 2021/1060 fallenden Mittel, soweit erforderlich, eindeutig zu Maßnahmen der Union zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts gemäß Artikel 174 AEUV beitragen.

Begründung

Die Kohäsionspolitik sollte auf die Ziele der Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts ausgerichtet sein und in erster Linie zur Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen beitragen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Regionen, die der Gefahr einer Vielzahl von Bedrohungen am stärksten ausgesetzt sind.

Änderung 2

Erwägungsgrund 14 (neu)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
	<i>Im Sinne der gemeinsamen Anstrengungen und des gemeinsamen Handelns zur Verbesserung der Unabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der Verteidigungsindustrie und eines angemessenen Beitrags zur Durchführung des Programms sollte dafür Sorge getragen werden, regionale und lokale Einrichtungen für Innovation und Unternehmensentwicklung einzubeziehen und ihr Potenzial zur Stärkung der regionalen Ökosysteme zu nutzen.</i>

Begründung

Die Verteidigungsindustrie ist in ihrem Ökosystem derzeit abhängig von Rohstoffen aus Drittländern. Diese Abhängigkeit wird häufig übersehen.

Änderung 3

Erwägungsgrund 19

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Aus dem Programm sollte über die in der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 festgelegten Mittel finanzielle Unterstützung für Maßnahmen bereitgestellt werden, die zur zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern beitragen, wie eine Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Beschaffung durch öffentliche Auftraggeber, industrielle Koordinierungs- und Vernetzungstätigkeiten einschließlich Reservierung und Lagerung von Verteidigungsgütern, Zugang zu Finanzmitteln für an der Herstellung maßgeblicher Verteidigungsgüter beteiligte Unternehmen, das Vorhalten von Fertigungskapazitäten (ständig einsetzbare Einrichtungen), industrielle Verfahren zur Aufbereitung veralteter Produkte, die Ausweitung, Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich sowie die Schulung von Personal.	Aus dem Programm sollte über die in der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 festgelegten Mittel finanzielle Unterstützung für Maßnahmen bereitgestellt werden, die zur zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern beitragen, wie eine Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Beschaffung durch öffentliche Auftraggeber, industrielle Koordinierungs- und Vernetzungstätigkeiten einschließlich Reservierung und Lagerung von Verteidigungsgütern, Zugang zu Finanzmitteln für an der Herstellung maßgeblicher Verteidigungsgüter beteiligte Unternehmen, Unterstützung des Ausbaus regionaler Ökosysteme der Verteidigungsindustrie und Annahme gezielter Maßnahmen zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen , das Vorhalten von Fertigungskapazitäten (ständig einsetzbare Einrichtungen), industrielle Verfahren zur Aufbereitung veralteter Produkte, die Ausweitung, Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich sowie die Schulung von Personal.

Begründung

Ziel ist es, Einrichtungen zu unterstützen, die nationale und europäische Anstrengungen verstärken können, um eine möglichst große Zahl kleiner Akteure zu erreichen, die Bemühungen vor Ort zu ergänzen und die Zusammenarbeit zwischen KMU und Großunternehmen zu fördern.

Änderung 4

Erwägungsgrund 24

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Bei der Bewertung der von Antragstellern eingereichten Vorschläge sollte die Kommission besonders darauf achten, welchen Beitrag diese zu den Zielen des Programms leisten. Die Vorschläge sollten insbesondere im Hinblick auf ihren Beitrag zur Steigerung der industriellen Bereitschaft im Verteidigungsbereich und speziell zur Erhöhung der Produktionskapazitäten und zur Beseitigung von Engpässen bewertet werden. Zudem sollten sie daraufhin bewertet werden, welchen Beitrag sie zur Förderung der Resilienz der Verteidigungsindustrie – unter Gesichtspunkten wie zeitnahe Verfügbarkeit und Belieferung aller Standorte – und zur Stärkung der Versorgungssicherheit in der gesamten Union als Reaktion auf festgestellte Gefahren, einschließlich insbesondere der Mitgliedstaaten, die der Gefahr einer konventionellen militärischen Bedrohung am stärksten ausgesetzt sind, leisten können. In den Bewertungen sollte auch Bezug genommen werden auf den Beitrag zur industriellen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich durch eine echte Rüstungskooperation zwischen den Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern und der Ukraine und zur Entwicklung und Operationalisierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von in den betreffenden Lieferketten tätigen Unternehmen, insbesondere und in erheblichem Maße von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und kleinen Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung (kleinen Midcap-Unternehmen).</p>	<p>Bei der Bewertung der von Antragstellern eingereichten Vorschläge sollte die Kommission besonders darauf achten, welchen Beitrag diese zu den Zielen des Programms leisten. Die Vorschläge sollten insbesondere im Hinblick auf ihren Beitrag zur Steigerung der industriellen Bereitschaft im Verteidigungsbereich und speziell zur Erhöhung der Produktionskapazitäten und zur Beseitigung von Engpässen bewertet werden. Zudem sollten sie daraufhin bewertet werden, welchen Beitrag sie zur Förderung der Resilienz der Verteidigungsindustrie – unter Gesichtspunkten wie zeitnahe Verfügbarkeit und Belieferung aller Standorte – und zur Stärkung der Versorgungssicherheit in der gesamten Union als Reaktion auf festgestellte Gefahren, einschließlich insbesondere der Mitgliedstaaten, die der Gefahr konventioneller und nicht konventioneller militärischer Bedrohungen am stärksten ausgesetzt sind, leisten können. In den Bewertungen sollte auch Bezug genommen werden auf den Beitrag zur industriellen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich durch eine echte Rüstungskooperation zwischen den Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern und der Ukraine und zur Entwicklung und Operationalisierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von in den betreffenden Lieferketten tätigen Unternehmen, insbesondere und in erheblichem Maße von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), einschließlich Start-up-Unternehmen und expandierenden Jungunternehmen, und kleinen Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung (kleinen Midcap-Unternehmen).</p>

Begründung

Der innovative Charakter und die Anpassungsfähigkeit von Start-up-Unternehmen und expandierenden Jungunternehmen sowie ihre wichtige Rolle bei der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Sicherung der Lieferketten sollten berücksichtigt werden. Allen Arten von Bedrohungen muss Rechnung getragen werden.

Änderung 5

Erwägungsgrund 40

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Für eine SEAP könnten Finanzhilfen gemäß Titel VI der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vergeben werden. Auch eine Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik in Übereinstimmung mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union wäre möglich.</p>	<p>Für eine SEAP könnten Finanzhilfen gemäß Titel VI der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vergeben werden. Auch eine Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik wäre möglich, sofern sie zu deren Zielen des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts beiträgt, unter besonderer Berücksichtigung der Regionen, die konventionellen und nicht konventionellen militärischen Bedrohungen am stärksten ausgesetzt sind.</p>

Begründung

Die Mittel der Kohäsionspolitik sollten stets zum territorialen Zusammenhalt beitragen und regionale Ökosysteme unterstützen. Allen Arten von Bedrohungen muss Rechnung getragen werden. Dies gilt für alle Regionen.

Änderung 6

Erwägungsgrund 55 (neu)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
	<i>Um zu den Zielen des Programms beizutragen, ein abgestimmtes und wirksames Vorgehen zu gewährleisten und alle bestehenden Fähigkeiten im Hinblick auf das Ziel zu bündeln, die Anpassung der Industrie an strukturelle Veränderungen, den Kapazitätsaufbau und die Öffnung von Lieferketten – insbesondere für KMU – zu unterstützen, stellt der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich sicher, dass Vertreter regionaler Ökosysteme in den strukturierten Dialog mit der Verteidigungsindustrie einbezogen werden. Es wird vor allem angestrebt, Kommunikationskanäle mit einem zusätzlichen Nutzen zu fördern, um alle Akteure der Industrie – von den kleinsten bis zu den größten – zu erreichen und so im Falle von Krisen besser gewappnet zu sein.</i>

Begründung

Die geplanten strukturellen Veränderungen in der Industrie bedürfen der Unterstützung aller. Es ist wichtig, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einzubeziehen, zu deren Zuständigkeiten, Aufgaben und Tätigkeiten die Unterstützung der Industrie und der KMU gehört.

Änderung 7

Artikel 7 Absatz 3

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Gemäß der einschlägigen Bestimmung der Verordnung (EU) 2021/1060 können Vorschläge, die im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vorgelegt und gemäß dem Programm mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, aus dem EFRE oder dem ESF+ unterstützt werden.	Gemäß Artikel 174 AUEV und der einschlägigen Bestimmung der Verordnung (EU) 2021/1060 können Vorschläge, die im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vorgelegt und gemäß dem Programm mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, aus dem EFRE oder dem ESF+ unterstützt werden.

Begründung

Es ist zu berücksichtigen, dass Maßnahmen zur Verwirklichung der kohäsionspolitischen Ziele einer Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts Vorrang haben sollten.

Änderung 8

Artikel 11 Absatz 4

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Tätigkeiten zur Unterstützung der Durchführung eines europäischen Verteidigungsvorhabens von gemeinsamem Interesse.	Tätigkeiten zur Unterstützung der Durchführung eines europäischen Verteidigungsvorhabens von gemeinsamem Interesse, einschließlich Tätigkeiten in Verbindung mit Technologien mit doppeltem Verwendungszweck.

Begründung

Da der Verteidigungssektor heute auch zivile Innovationen (u. a. handelsübliche elektronische Komponenten – commercial off-the-shelf, COTS) nutzt, haben alle Technologien und Komponenten mit doppeltem Verwendungszweck eine bisher unbekannte Bedeutung. Die technologischen und industriellen Vorteile, die sich aus der Entwicklung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck ergeben, sollten entschlossen genutzt werden, zudem sollten die Synergien aller EU-Förderprogramme und -instrumente im Einklang mit dem Weißbuch über Optionen für eine verstärkte Unterstützung von Forschung und Entwicklung zu Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck ⁽¹⁾ gestärkt werden.

Änderung 9

Artikel 11 Absatz 5 Buchstabe b

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Tätigkeiten zur Stärkung von Versorgungssicherheit und Resilienz, insbesondere durch die Erleichterung des Zugangs von KMU, kleinen und sonstigen Midcap-Unternehmen und Start-ups zum Verteidigungsmarkt und durch entsprechende Unterstützung bei der Erlangung der notwendigen Qualitäts- und Produktionszertifizierungen;	Tätigkeiten zur Stärkung von Versorgungssicherheit und Resilienz, insbesondere durch die Erleichterung des Zugangs von KMU, kleinen und sonstigen Midcap-Unternehmen und Start-ups sowie expandierenden Jungunternehmen zum Verteidigungsmarkt und durch entsprechende Unterstützung bei der Erlangung der notwendigen Qualitäts- und Produktionszertifizierungen;

Begründung

Die Schlüsselrolle von expandierenden Jungunternehmen muss hervorgehoben werden.

Änderung 10

Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Bei der Ermittlung der in Absatz 1 genannten Vorhaben hat die Kommission die im Rahmen des Ausschusses für die industrielle Bereitschaft bereitgestellten Leitlinien, vor allem im Hinblick auf den Beitrag des Vorhabens zu der im Rahmen der GASP, insbesondere des Fähigkeitenentwicklungsplans, festgelegten Priorität bei den Fähigkeiten sowie zu den Zielen des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung, gebührend zu berücksichtigen;	Bei der Ermittlung der in Absatz 1 genannten Vorhaben hat die Kommission die im Rahmen des Ausschusses für die industrielle Bereitschaft bereitgestellten Leitlinien, vor allem im Hinblick auf den Beitrag des Vorhabens zu der im Rahmen der GASP, insbesondere des Fähigkeitenentwicklungsplans, festgelegten Priorität bei den Fähigkeiten, zu der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung, zu den Vorhaben der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit sowie zu den Zielen des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung, gebührend zu berücksichtigen;

Begründung

Die Europäische Union sollte bei der Ermittlung und Festlegung europäischer Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Verteidigungsbereich für eine effiziente und wirksame Verwaltung der vorhandenen Ressourcen sorgen. Zu diesem Zweck sollten alle bestehenden Initiativen berücksichtigt werden, mit denen die Prioritäten und Bedürfnisse im Verteidigungsbereich ermittelt werden; dabei ist sicherzustellen, dass die Initiativen angemessen aufeinander abgestimmt sind und Doppelarbeit vermieden wird.

⁽¹⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52024DC0027>.

Änderung 11

Artikel 41 Absatz 3

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Die Kommission kann nach Konsultation des Ausschusses für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich wichtige Marktakteure gemäß Artikel 42, die Mitgliedstaaten, nationale Verbände der Verteidigungsindustrie und andere einschlägige Interessenträger ersuchen, auf freiwilliger Basis Informationen für die Zwecke der Durchführung von Überwachungstätigkeiten gemäß Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a bereitzustellen.	Die Kommission kann nach Konsultation des Ausschusses für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich wichtige Marktakteure gemäß Artikel 42, die Mitgliedstaaten – und gegebenenfalls, im Rahmen ihres Rechtssystems, einschlägige subnationale Einrichtungen –, nationale Verbände der Verteidigungsindustrie und andere einschlägige Interessenträger ersuchen, auf freiwilliger Basis Informationen für die Zwecke der Durchführung von Überwachungstätigkeiten gemäß Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a bereitzustellen.

Begründung

Angesichts der Ungleichheiten beim Zugang von KMU zu Informationen über Finanzmittel sind subnationale Gebietskörperschaften eine unverzichtbare Anlaufstelle, wenn es darum geht, diesen Unternehmen die Programme der Europäischen Union näherzubringen.

Änderung 12

Artikel 57 Absatz 10

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich lädt mindestens einmal jährlich Vertreter nationaler Verbände der Verteidigungsindustrie und ausgewählte Vertreter der Industrie ein, wobei er der Notwendigkeit, eine ausgewogene geografische Verteilung sicherzustellen, Rechnung trägt (strukturierter Dialog mit der Verteidigungsindustrie). Wurde der Versorgungskrisenzustand nach Artikel 44 oder der Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise nach Artikel 48 aktiviert, lädt der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich hochrangige Vertreter der Industrie zu Treffen in besonderer Zusammensetzung ein, um Fragen im Zusammenhang mit krisenrelevanten Produkten zu erörtern.	Der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich lädt mindestens einmal jährlich Vertreter nationaler Verbände der Verteidigungsindustrie und ausgewählte Vertreter der Industrie ein, wobei er dafür sorgt, Vertreter der regionalen Ökosysteme ebenso wie das europäische Netz der im Verteidigungssektor engagierten Regionen (ENDR) angemessen einzubeziehen und der Notwendigkeit, eine ausgewogene geografische Verteilung sicherzustellen, Rechnung trägt (strukturierter Dialog mit der Verteidigungsindustrie). Wurde der Versorgungskrisenzustand nach Artikel 44 oder der Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise nach Artikel 48 aktiviert, lädt der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich hochrangige Vertreter der Industrie zu Treffen in besonderer Zusammensetzung ein, um Fragen im Zusammenhang mit krisenrelevanten Produkten zu erörtern.

Begründung

Alle einschlägigen Akteure im Verteidigungsbereich sollten abhängig von ihrem Zuständigkeitsbereich in Angelegenheiten einbezogen werden, in denen sie aufgrund ihrer Nähe zum regionalen und lokalen Verteidigungsökosystem einen zusätzlichen Nutzen erbringen können; zudem ist insbesondere sicherzustellen, dass kleine und mittlere Unternehmen angemessen repräsentiert und sichtbar sind.

Änderung 13

Artikel 57 Absatz 10 a

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
	<i>Der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich lädt mindestens einmal jährlich Vertreter des Ausschusses der Regionen zu Treffen in besonderer Zusammensetzung ein, um Fragen der industriellen Bereitschaft und der Sicherheit der Lieferketten, vorrangige Finanzierungsbereiche und sonstige Fragen von Interesse zu behandeln; dabei ist die Rolle des AdR als Gesprächspartner mit der Industrie innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs zu berücksichtigen.</i>

Begründung

Alle einschlägigen Akteure im Verteidigungsbereich sollten abhängig von ihrem Zuständigkeitsbereich in Angelegenheiten einbezogen werden, in denen sie aufgrund ihrer Nähe zum regionalen und lokalen Verteidigungsökosystem einen zusätzlichen Nutzen erbringen können.

Änderung 14

Artikel 65 Absatz 4

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Mit den dem Programm zugewiesenen Mitteln kann ein Beitrag zur Organisation der Verbreitung sowie von Veranstaltungen für die Suche geeigneter Partner und von Sensibilisierungsmaßnahmen geleistet werden, die insbesondere darauf ausgerichtet sind, die Lieferketten zu öffnen, um die grenzübergreifende Teilnahme von KMU zu fördern.	Mit den dem Programm zugewiesenen Mitteln kann ein Beitrag zur Organisation der Verbreitung sowie von Veranstaltungen für die Suche geeigneter Partner und von Sensibilisierungsmaßnahmen geleistet werden, die insbesondere darauf ausgerichtet sind, die Lieferketten zu öffnen, um die grenzübergreifende Teilnahme von KMU zu fördern. <i>Dies gilt insbesondere für das Programm FAST, bei dem die Regionen eine entscheidende Rolle spielen werden, KMU in ihren regionalen Ökosystemen zu erreichen.</i>

Begründung

Eine bessere Kommunikation mit KMU ist wichtig, um ihre Einbeziehung in die Lieferketten der EU im Verteidigungsbereich sicherzustellen.

II. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

1. begrüßt die Europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich (EDIS) und den dazugehörigen Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP), mit denen eine starke Verteidigungsindustrie in der Europäischen Union und der Ukraine gefördert werden soll;
2. begrüßt, dass die Europäische Kommission den Schwerpunkt verstärkt auf die Verbesserung der Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft Europas legt; bekräftigt seine Forderung, dass dem Konzept der umfassenden Sicherheit und Versorgungssicherheit in der gesamten EU mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass die Kommission eine koordinierte und kontinuierliche Bewertung aller Politikbereiche durchführt, um sich besser auf künftige Schocks vorzubereiten; ^(?)

^(?) ECON-VII/039. Europas Regionen gegen Schocks wappnen: Stärkung der lokalen und regionalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit bei der strategischen Entwicklung des Binnenmarkts.

3. erkennt an, dass Investitionen in die industrielle Bereitschaft Europas im Verteidigungsbereich umgehend verstärkt werden müssen und dass das Verteidigungspaket dringend vorangebracht werden muss, bedauert jedoch, dass zu seiner Vorbereitung keine Folgenabschätzung oder förmliche Konsultation im Einklang mit den Grundsätzen der besseren Rechtsetzung, der aktiven Subsidiarität, der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance durchgeführt wurde; ⁽³⁾
4. stellt fest, dass zur technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) viele KMU und Start-up-Unternehmen in der gesamten Union gehören, die einen wichtigen Beitrag zur Verteidigungsbereitschaft der EU leisten und angemessen in die Lieferketten der Verteidigungsindustrie einbezogen werden müssen;
5. betont, dass die EU eine starke Lieferkette für Verteidigungsgüter in allen Gebieten benötigt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Regionen liegt, die der Gefahr konventioneller und nicht konventioneller militärischer Bedrohungen am stärksten ausgesetzt sind; bekräftigt, dass den Verteidigungsfähigkeiten von Regionen in Staaten mit Außengrenzen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss; dies gilt insbesondere für Grenzregionen, in denen aus historischen Gründen für die Verteidigung der EU relevante regionale Cluster ⁽⁴⁾ sowie anfällige kritische Logistikinfrastrukturen angesiedelt sind;
6. hebt den Mehrwert von auf mehrere kleinere Hersteller verteilten Logistik- und Produktionsketten hervor, damit auch im Falle freiwilliger und unfreiwilliger Störungen Resilienz sichergestellt werden kann; betont, dass KMU eine entscheidende Rolle dabei spielen können, die Widerstandsfähigkeit der EU im Verteidigungsbereich zu stärken;
7. verweist auf die Schlüsselrolle der Regionen und Einrichtungen für Innovation und Unternehmensentwicklung auf regionaler und lokaler Ebene bei der Mobilisierung von KMU und der Förderung von Verteidigungsprojekten und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowie bei der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor und der für die Stärkung der EDTIB erforderlichen Kompetenzen, Spezialisierung und Talente; hebt in diesem Zusammenhang die Rolle der Hochschulen und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den Unternehmen hervor;
8. ist der Ansicht, dass künftige Unterstützungsprogramme für die Verteidigungsindustrie gezielte Maßnahmen zur Förderung von Regionenclustern umfassen sollten, die sich auf die Verteidigungsindustrie, duale Technologien oder verwandte Industriezweige wie Halbleiter und Elektronikfertigung spezialisiert haben; gleichzeitig sollten kritische Lieferketten für Verteidigungsgüter gestärkt werden, um für eine resiliente und nachhaltige technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung zu sorgen; betont weiterhin, dass die Herstellerzusammenarbeit innerhalb der EU verbessert werden muss, indem europäische Unternehmen zu einer intensiveren Zusammenarbeit ermutigt werden, sodass dadurch die Rolle europäischer Zulieferer im Rahmen der Herstellungsprozesse gestärkt wird;
9. weist nachdrücklich darauf hin, dass alle Produktionsstätten für Verteidigungsgüter die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Umwelt- und Biodiversitätsbereich im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals zu einer Priorität machen und in der gesamten Lieferkette für Verteidigungsgüter aktiv auf Dekarbonisierung und Ressourceneffizienz hinwirken sollten. Dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der EU stets im Auge zu behalten;
10. weist darauf hin, dass viele regionale und lokale Gebietskörperschaften in der EU über einschlägige Zuständigkeiten in den Bereichen Raumordnung, Flächennutzung und Stadtplanung verfügen und am Bau von Anlagen für die Herstellung, Erprobung und Zertifizierung von Verteidigungsgütern beteiligt werden müssen; es ist unbedingt dafür zu sorgen, dass diese Anlagen Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards einhalten;
11. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass der Ausschuss für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich regionale Ökosysteme in den Dialog mit der Verteidigungsindustrie einbindet, um abgestimmte Maßnahmen zur Vorbereitung der Industrie auf den Wandel, zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten und zur Integration von KMU in die Lieferketten sicherzustellen; ebenso muss bei allen Partnerschaften für Transparenz und die Berücksichtigung ethischer Erwägungen gesorgt werden;

Unterstützung für Unternehmen – Spezialisierung, Forschung und Innovation

12. begrüßt, dass der Schwerpunkt des Programms besonders auf KMU und kleinen Midcap-Unternehmen liegt, deren Zugang zu Finanzmitteln, Einbeziehung in die Lieferketten der Verteidigungsindustrie, Erlangung von Qualitäts- und Produktionszertifikaten und Weiterbildung ihres Personals erleichtert wird; unterstreicht, dass es wichtig ist, einen stärker integrierten Binnenmarkt für Verteidigungsgüter sowie die Unterstützung koordinierter Forschung und Entwicklung durch die EU zu fördern;
13. erinnert die Kommission daran, dass die Grundsätze der Agenda der Europäischen Kommission für eine bessere Rechtsetzung unbedingt auf alle verteidigungsbezogenen Programme angewandt werden sollten, insbesondere bei Folgenabschätzungen;

⁽³⁾ COTER-VII/041. EU-Haushalt und ortsbezogene Maßnahmen: Vorschläge für neue Gestaltungs- und Umsetzungsmechanismen im MFR nach 2027.

⁽⁴⁾ ECON-VI/028. Vorschlag für einen Europäischen Verteidigungsfonds.

14. betont, wie wichtig es ist, das Innovationspotenzial von KMU zu unterstützen, und fordert die Kommission auf, deren angemessene Beteiligung an Unterstützungsinstrumenten wie dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), dem EU-Innovationsprogramm im Verteidigungsbereich (EUDIS) und der Eigenkapitalfazilität im Verteidigungsbereich, dem Innovationszentrum für den Verteidigungsbereich (HEDI), Horizon Europa und dem Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) sicherzustellen;
15. unterstreicht, dass ein Ungleichgewicht beim Zugang von KMU zu Informationen vermieden werden muss, und verweist auf die Schlüsselrolle der regionalen Gebietskörperschaften bei der Weiterleitung dieser Informationen und der Beratung von Unternehmen zur Nutzung von Möglichkeiten der EU-Finanzierungsinstrumente und -programme;
16. hebt hervor, dass Unterstützungsplattformen wie das Enterprise Europe Network (EEN) und das europäische Netz der im Verteidigungssektor engagierten Regionen (ENDR) unterstützt werden müssen, die die „Kultur der Verteidigungsbe-reitschaft“ von KMU im Verteidigungsbereich und deren Wachstum und Internationalisierung fördern; zugleich gilt es, Technologien mit doppeltem Verwendungszweck zu unterstützen, die sowohl zivilen als auch militärischen Anforderungen genügen;
17. plädiert für eine verstärkte Unterstützung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck. Dabei sollte der Schwerpunkt auf Lösungen für zivile Bedürfnisse wie Katastrophenhilfe, Anpassung an den Klimawandel und Schutz kritischer Infrastrukturen liegen und zugleich für eine weitere Vereinbarkeit mit Zwecken der Verteidigung gesorgt werden;
18. spricht sich für die Verringerung des Regelungsaufwands und die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck sowie im Zusammenhang mit geistigem und gewerblichem Eigentum unter Berücksichtigung der Besonderheiten kleiner und mittlerer Unternehmen aus;
19. ist der Ansicht, dass der Übergang von der ersten Phase der Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich zur Vermarktungsphase („Tal des Todes“) besonders unterstützt werden sollte;
20. begrüßt die Zielsetzung, dass bis 2030 mindestens 40 Prozent der Verteidigungsgüter gemeinsam beschafft werden sollen, betont zugleich die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern, um das höchstmögliche Maß an Interoperabilität zu erreichen;
21. empfiehlt, dass bei einer Ausweitung der Finanzierungsprogramme zur Schließung der Lücke zwischen der Forschungs-, Entwicklungs- und Anwendungsphase von Innovationen im Verteidigungsbereich insbesondere Projekte berücksichtigt werden sollten, mit denen Nachhaltigkeit, die Einhaltung ethischer Grundsätze und ein potenzieller doppelter Verwendungszweck gefördert werden;
22. weist darauf hin, dass Start-up-Unternehmen und KMU im Verteidigungsbereich sowie Technologien mit doppeltem Verwendungszweck rasch auf neue Szenarien reagieren können, was eine gezielte Unterstützung rechtfertigt, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen;
23. fordert im Hinblick auf die Verringerung der Umweltauswirkungen und die Stärkung der technologischen Souveränität innerhalb der EU gezielte Investitionen in grüne Verteidigungstechnologien wie erneuerbare Energiesysteme, nachhaltige Materialien und Grundsätze der Kreislaufwirtschaft;
24. stimmt dem Niinistö-Bericht⁽⁵⁾ zu, dass Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich der dualen Verteidigungstechnologien gestärkt werden müssen, um Abhängigkeiten zu verringern und die EU vor Technologieabfluss zu schützen;
25. verweist auf die Möglichkeiten, die sich in Zukunft durch die Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) für die europäische Verteidigungsindustrie ergeben können; unterstreicht, dass beim Einsatz von KI im Zusammenhang mit Verteidigungsgütern insbesondere auf eine ethische Nutzung geachtet werden muss;
26. unterstützt die Bemühungen der Kommission,⁽⁶⁾ zu ermitteln, wie sich regionale Innovationsmaßnahmen wirksam auf die Verteidigungsindustrie und die Industrie für Güter mit doppeltem Verwendungszweck auswirken und so zur europäischen Souveränität beitragen können; spricht sich dafür aus, weiter zu prüfen, wie die Synergien verbessert und die Verteidigungsindustrie und die Industrie für Güter mit doppeltem Verwendungszweck besser in die regionale Entwicklung sowie in verschiedenen Strategien und Finanzierungsinstrumente der EU eingebunden werden können;

⁽⁵⁾ Safer Together Strengthening Europe's Civilian and Military Preparedness and Readiness.

⁽⁶⁾ Weitere Informationen zum Thema Dual Use & Defence Innovation Leveraging Regional Industrial Development (Europäische Kommission).

Ausreichende Finanzmittel zur Unterstützung der Bemühungen zugunsten der EDTIB

27. ist der Ansicht, dass eine bereite und widerstandsfähige Verteidigungsindustrie Investitionen erfordert, die den Herausforderungen angemessen sind. Der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte dieses Ziel mit einem zusätzlichen eigenen Budget zur Finanzierung der vorgeschlagenen neuen Maßnahmen glaubwürdig widerspiegeln. Eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln, die für andere Politikbereiche vorgesehen sind, ist nicht akzeptabel, und gleichzeitig sollte eine Fragmentierung der verschiedenen Instrumente vermieden werden;

28. betont, dass die Kohäsionspolitik zur Förderung der regionalen Industrie- und Innovationspolitik beiträgt, indem sie Maßnahmen unterstützt, die mit den in Artikel 174 AEUV und der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Zielen und Prioritäten in Einklang stehen, und unterstreicht, ⁽⁷⁾ dass die neuen Prioritäten der EU einen gesonderten zusätzlichen Haushalt erfordern, der sich nicht auf die Zuweisungen im Rahmen der Kohäsionspolitik auswirkt;

29. fordert, bei der Übertragung von Mitteln der Kohäsionspolitik zur Finanzierung von EDIP-Projekten den Schwerpunkt auf Projekte zu legen, die nicht im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung der Kohäsionspolitik finanziert werden können und die den territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Regionen unterstützen; dies gilt insbesondere für bestehende regionale Cluster in den Bereichen Verteidigung und Güter mit doppeltem Verwendungszweck bzw. Güter, die für den Erhalt militärischer Fähigkeiten gebraucht werden, oder für Regionen, die der Gefahr konventioneller und nicht konventioneller militärischer Bedrohungen am stärksten ausgesetzt sind;

30. dringt darauf, dass bei jeder Übertragung zwischen Fonds die Grundsätze der Subsidiarität und der Multi-Level-Governance eingehalten werden müssen, ohne den ortsbezogenen Ansatz zu schwächen, ⁽⁸⁾ und unterstreicht, dass territoriale Folgenabschätzungen das beste Instrument sind, um den Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ und das Prinzip der „aktiven Subsidiarität“ ⁽⁹⁾ umzusetzen;

31. unterstützt das neue Mandat der Europäischen Investitionsbank (EIB), zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie beizutragen, und spricht sich dafür aus, weiterhin Bereiche zu ermitteln, in denen die EIB verteidigungsbezogene Tätigkeiten finanzieren könnte, und geeignete Mechanismen für die Umsetzung dieser Finanzierung zu schaffen; hält es für unabdingbar, dass die EIB geeignete Programme und Finanzierungsinstrumente schnellstmöglich zur Verfügung stellt, um Verteidigungs-Start-ups und Verteidigungsinnovationen unmittelbar zu finanzieren;

32. hebt die Bedeutung einer parlamentarischen Kontrolle hervor und betont, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und ihr Haushalt durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente überwacht werden sollte.

Brüssel, den 20. Februar 2025

*Die Präsidentin
des Europäischen Ausschusses der Regionen
Kata TÚTTÓ*

⁽⁷⁾ Ebenda.

⁽⁸⁾ COTER-VI/045. Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen.

⁽⁹⁾ CIVEX-VII/029. Aktive Subsidiarität: ein Grundprinzip der EU-Agenda für bessere Rechtsetzung.



C/2025/1843

26.3.2025

STAATLICHE BEIHILFEN — FINNLAND

**Staatliche Beihilfe SA.33846 (2015/C) (ex 2014/NN) (ex 2011/CP) — Koiviston Auto Helsinki Oy,
vormals Helsingin Bussiliikenne Oy**

**Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der
Europäischen Union**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1843)

Mit Schreiben vom 3. Februar 2025, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Finnland von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahmen das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Bezug auf die Aspekte der wirtschaftlichen Kontinuität und der Rückforderung der Beihilfe einzuleiten.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

Alle Stellungnahmen werden Finnland übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Koiviston Auto Helsinki Oy, vormals Helsingin Bussiliikenne Oy, betreibt Buslinien im Raum Helsinki.

Mit Beschluss vom 16. Januar 2015 ⁽¹⁾ leitete die Kommission in Bezug auf bestimmte Maßnahmen zugunsten von Helsingin Bussiliikenne Oy das förmliche Prüfverfahren ein. Mit Beschluss vom 28. Juni 2019 ⁽²⁾ stellte die Kommission fest, dass a) die von Finnland gewährte staatliche Beihilfe in Höhe von 54 231 850 EUR zugunsten von Helsingin Bussiliikenne Oy nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar sei und dass b) Finnland die Beihilfe vom Empfänger zurückfordern müsse und die Verpflichtung zur Rückzahlung der Beihilfe auf den wirtschaftlichen Nachfolger auszuweiten sei.

Mit Urteil vom 29. Juli 2024 in der Rechtssache C-697/22 P ⁽³⁾ erklärte der Gerichtshof den Beschluss der Kommission vom 28. Juni 2019 für nichtig und stellte fest, dass die Kommission verpflichtet gewesen sei, einen ergänzenden Einleitungsbeschluss zu veröffentlichen, der die Veräußerung des Geschäftsbetriebs des Beihilfeempfängers nach der Einleitung des förmlichen Prüfverfahrens am 16. Januar 2015 berücksichtige. Da kein ergänzender Einleitungsbeschluss ergangen sei, sei den Beteiligten die Möglichkeit vorenthalten worden, zu diesem Aspekt Stellung zu nehmen.

Mit dem vorliegenden Beschluss wird das förmliche Prüfverfahren eingeleitet, um die Aspekte der wirtschaftlichen Kontinuität und der Rückforderung der Beihilfe zu untersuchen. In dem Beschluss wird auf die Veräußerung der vormaligen Helsingin Bussiliikenne Oy an den privaten Busbetreiber Viikin Linja Oy (Teil der Koiviston Auto Group („KAG“)) im Dezember 2015 und die zentralen Elemente der wirtschaftlichen Kontinuität sowie auf die 2022 erfolgte weitere Veräußerung der KAG an CapMan Infra eingegangen.

⁽¹⁾ Beschluss der Kommission C(2015) 80 final vom 16. Januar 2015 (ABl. C 116 vom 10.4.2015, S. 22).

⁽²⁾ Beschluss (EU) 2020/1814 der Kommission vom 28. Juni 2019 über die staatliche Beihilfe SA.33846 (2015/C) (ex 2014/NN) (ex 2011/CP) Finnlands zugunsten von Helsingin Bussiliikenne Oy (ABl. L 404 vom 2.12.2020, S. 10).

⁽³⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 29. Juli 2024, Koiviston Auto Helsinki/Kommission, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641.

Die Kommission ist der vorläufigen Auffassung, dass zwischen der vormaligen Helsingin Bussiliikenne Oy und der neuen Helsingin Bussiliikenne Oy (jetzt Koiviston Auto Helsinki Oy) wirtschaftliche Kontinuität bestehen könnte und dass – falls der Vorteil, den Finnland der vormaligen Helsingin Bussiliikenne Oy gewährt hat, eine rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfe darstellt – die Rückzahlungspflicht auf die neue Helsingin Bussiliikenne Oy (jetzt Koiviston Auto Helsinki Oy) ausgeweitet werden könnte.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

Arvoisa ulkoministeri

Unionin tuomioistuin antoi 29. heinäkuuta 2024 tuomion asiassa C-697/22 P *Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio* ⁽¹⁾. Tuomiolla kumotaan komission 28. kesäkuuta 2019 antama päätös (EU) 2020/1814 valtioneudesta SA.33846 – (2015/C) (ex 2014/NN) (ex 2011/CP), jonka Suomi on toteuttanut Helsingin Bussiliikenne Oy:lle. Komissio haluaa ilmoittaa Suomelle, että kyseisen tuomion perusteella ja tarkasteltuaan uudelleen Suomen viranomaisten asianomaisesta toimenpiteestä toimittamia tietoja komissio on päättänyt laajentaa Euroopan unionin toiminnasta tehdyn sopimuksen 108 artiklan 2 kohdan nojalla käynnistetyn menettelyn kohdetta koskemaan taloudelliseen jatkuvuuteen ja tuen takaisinperintään liittyviä uusia näkökohtia.

1. MENETTELY

1.1. Hallinnollinen menettely

- (1) Komissio ilmoitti Suomelle 16. tammikuuta 2015 päivätyllä kirjeellä päätöksestään ⁽²⁾ aloittaa Euroopan unionin toiminnasta tehdyn sopimuksen, jäljempänä „SEUT-sopimus“, 108 artiklan 2 kohdassa tarkoitettu menettely, joka koskee vuonna 2002 myönnettyä kalustolainaa, kolmea pääomalainaa (jotka myönnettiin vuosina 2005, 2011 ja 2012) ja Ruskeasuon varikkoa koskevia toimenpiteitä, jäljempänä „vuoden 2015 aloittamispäätös“, sellaisina kuin nämä toimenpiteet on määritelty vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 19–46 kappaleessa. Komissio kehotti asianomaisia esittämään huomautuksensa näistä toimenpiteistä.
- (2) Vuoden 2015 aloittamispäätöksen hyväksymistä edeltänyt menettely esitetään vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 1–8 kappaleessa.
- (3) Suomi esitti vuoden 2015 aloittamispäätöksestä huomautuksia 18. maaliskuuta 2015, 18. kesäkuuta 2015 ja 6. marraskuuta 2015 ⁽³⁾.
- (4) Komissio sai huomautuksia kantelijoilta 8. toukokuuta 2015. Se toimitti ne 20. toukokuuta 2015 ja 15. heinäkuuta 2015 Suomelle, joka vastasi kantelijoiden huomautuksiin 12. elokuuta 2015 ja 10. syyskuuta 2015 päivätyillä kirjeillä.
- (5) Komissio pyysi lisätietoja Suomelta 27. toukokuuta 2016, 15. syyskuuta 2016, 13. lokakuuta 2016 ja 21. joulukuuta 2016. Suomi vastasi 23. kesäkuuta 2016, 2. syyskuuta 2016, 24. lokakuuta 2016, 26. lokakuuta 2016, 8. joulukuuta 2016 ja 13. tammikuuta 2017.
- (6) Komissio tapasi kantelijat ja niiden lailliset edustajat 16. helmikuuta 2017.
- (7) Komissio pyysi lisätietoja Suomelta 31. lokakuuta 2017 ja 21. joulukuuta 2017. Suomi vastasi 9. marraskuuta 2017 ja 16. helmikuuta 2018.
- (8) Komissio tapasi Suomen viranomaiset 19. maaliskuuta 2018. Suomi toimitti lisähuomautuksia 10. huhtikuuta 2018.
- (9) Komissio antoi valtioneudesta SA.33846 (2015/C) (ex 2014/NN) (ex 2011/CP), jonka Suomi on toteuttanut Helsingin Bussiliikenne Oy:lle, 28. kesäkuuta 2019 päätöksen (EU) 2020/1814 ⁽⁴⁾, jäljempänä „komission 28. kesäkuuta 2019 antama päätös“, jossa se totesi seuraavaa:
 - a) Valtiontuki, jonka määrä on 54 231 850 euroa ja jonka Suomi on myöntänyt sääntöjenvastaisesti Helsingin Bussiliikenne Oy:n hyväksi asianomaisten tukitoimenpiteiden mukaisesti, ei soveltunut sisämarkkinoille.

⁽¹⁾ Unionin tuomioistuimen tuomio 29.7.2024, *Koiviston Auto Helsinki v. komissio*, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, jäljempänä „vuoden 2024 tuomio“.

⁽²⁾ Komission päätös SA.33846 C(2015) 80 final, annettu 16 päivänä tammikuuta 2015 (EUVL C 116, 10.4.2015, s. 22).

⁽³⁾ Marraskuun 6. päivänä 2015 toimitettuihin tietoihin sisältyy 5. marraskuuta 2015 päivätty kirje.

⁽⁴⁾ Valtioneudesta SA.33846 (2015/C) (ex 2014/NN) (ex 2011/CP), jonka Suomi on toteuttanut Helsingin Bussiliikenne Oy:lle, 28 päivänä kesäkuuta 2019 annettu komission päätös (EU) 2020/1814 (EUVL 2020, L 404, s. 10).

- b) Suomen olisi perittävä kyseinen tuki (ks. a alakohta) takaisin tuensaajalta. Koska vanhan HelB:n⁽⁵⁾ (tuolloin Helsingin kaupungin Linja-autotoiminta Oy) ja uuden HelB:n (koko nimi Helsingin Bussiliikenne Oy, aiemmin Viikin Linja Oy) välillä on taloudellinen jatkuvuus, velvollisuus maksaa tuki takaisin oli laajennettava koskemaan uutta HelB:tä (koko nimi Helsingin Bussiliikenne Oy).
- (10) Komissio pyysi lisätietoja Suomelta 22. toukokuuta 2024 ja 18. syyskuuta 2024. Suomi vastasi 30. elokuuta 2024 ja 3. lokakuuta 2024.

1.2. Oikeudellinen menettely: unionin yleisen tuomioistuimen tuomio asiassa T-603/19 ja unionin tuomioistuimen tuomio asiassa C-697/22 P

- (11) Helsingin Bussiliikenne Oy, nykyisin Koiviston Auto Helsinki Oy, vaati 28. kesäkuuta 2019 komission päätöksen kumoamista, mutta unionin yleinen tuomioistuin hylkäsi sen kumoamiskanteen asiassa T-603/19 14. syyskuuta 2022 antamallaan tuomiolla⁽⁶⁾. Unionin yleinen tuomioistuin hylkäsi myös Helsingin kaupungin esittämän kumoamiskanteen ja pysytti 28. kesäkuuta 2019 annetun komission päätöksen voimassa.⁽⁷⁾
- (12) Unionin yleinen tuomioistuin vahvisti 28. kesäkuuta 2019 annetun komission päätöksen, ja totesi, ettei kyseisiä neljää lainaa ollut myönnetty markkinaehtojen mukaisesti. Suomi myönsi näin ollen edun vanhalle HelB:lle. Erityisesti vuoden 2002 kalustolainan osalta komissio oli perustellusti jättänyt ottamatta huomioon sellaisia yksityisen velkojan testin osatekijöitä kuin maksukyvyttömyyssuoja, jota HKL-Bussiliikenne (vanhan HelB:n edeltäjä) nautti kunnallisena yrityksenä. Komissio oli myös perustellusti päätellyt, että vuoden 2002 kalustolainan oli uutta tukea ja että se oli eri toimenpide kuin käynnissä olevan tukimenettelyn yhteydessä tutkitut toimenpiteet, mukaan lukien kunnallisten yritysten maksukyvyttömyyssuoja.
- (13) Lisäksi unionin yleinen tuomioistuin vahvisti komission toteamuksen taloudellisesta jatkuvuudesta vanhan HelB:n ja uuden HelB:n välillä. Vanhan HelB:n liiketoiminnan myyntihinnan osalta unionin yleinen tuomioistuin katsoi, ettei komissiolla ollut velvollisuutta itse määrittää myyntien omaisuuserien markkinahintaa. Riittää, että komissio osoittaa, ettei myyntihinta vastannut markkinahintaa. Unionin yleinen tuomioistuin vahvisti myös, että vaikka myyntihinta olisi ollut markkinahinnan mukainen, tämä seikka ei olisi riittänyt sulkemaan pois taloudellisen jatkuvuuden olemassaoloa, koska markkinahinta on vain yksi niistä tekijöistä, jotka komissio voi ottaa huomioon arvioidessaan taloudellista jatkuvuutta. Näin ollen velvollisuus periä takaisin asianomaiset tukimäärät ulotettiin asianmukaisesti uuteen HelB:hen, joka oli vanhan HelB:n taloudellinen seuraaja.
- (14) Unionin yleinen tuomioistuin totesi myös, ettei komissiolla ollut velvollisuutta tehdä päätöstä muodollisen tutkintamenettelyn oikaisemisesta tai laajentamisesta. Unionin yleinen tuomioistuin totesi nimittäin, ettei tuensaajan yksilöintiin ollut tehty muutoksia ja että arvioitavat toimenpiteet rajoittuivat menettelyn aloittamispäätöksessä yksilöityihin ja määriteltyihin toimenpiteisiin.
- (15) Sikäli kuin on kyse komission velvollisuudesta antaa asianomaisille osapuolille mahdollisuus esittää huomautuksensa aloittamispäätöksestä, unionin yleinen tuomioistuin totesi, että koska komissio oli päättänyt tutkia, onko olemassa mahdollista taloudellista jatkuvuutta vanhan HelB:n seuraajan kanssa, oli perusteltua ottaa uusi HelB mukaan menettelyyn. Komissio ei antanut uudelle HelB:lle mahdollisuutta esittää huomautuksia menettelyn aloittamisesta, joten se rikkoi SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohtaa. Tämä rikkominen johtui kuitenkin tapauksen erityisistä olosuhteista eli tietyistä tapahtumasta sen jälkeen, kun osapuolia oli kehoitettu esittämään huomautuksensa menettelyn aloittamisesta mutta ennen päätöksen antamista. Tällaisessa tilanteessa ei rikottu olennaista menettelymääräystä. SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdan rikkominen merkitsi menettelyn sääntöjenvastaisuutta, joka ei voinut johtaa riidanalaisen päätöksen kumoamiseen.

⁽⁵⁾ Jäljempänä „vanha HelB“.

⁽⁶⁾ Unionin yleisen tuomioistuimen tuomio 14.9.2022, T-603/19, *Helsingin Bussiliikenne v. komissio*, ECLI:EU:T:2022:555.

⁽⁷⁾ Unionin yleisen tuomioistuimen tuomio 14.9.2022, T-597/19, *Helsingin kaupunki v. komissio*, ECLI:EU:T:2022:554.

- (16) Helsingin Bussiliikenne Oy, nykyisin Koiviston Auto Helsinki Oy, valitti unionin yleisen tuomioistuimen 14. syyskuuta 2022 asiassa T-603/19 antamasta tuomiosta. Julkisasiamies Medinan 16. toukokuuta 2024 antaman ratkaisuehdotuksen ⁽⁸⁾ johdosta unionin tuomioistuin kumosi unionin yleisen tuomioistuimen asiassa T-603/19 14. syyskuuta 2022 antaman tuomion ja 28. kesäkuuta 2019 annetun komission päätöksen. ⁽⁹⁾
- (17) Unionin tuomioistuin hyväksyi ensimmäisen valitusperusteen molemmat osat ⁽¹⁰⁾, joissa valittaja Koiviston Auto Helsinki Oy, aiemmin Helsingin Bussiliikenne Oy, vetosi muun muassa olennaiseen menettelyvirheeseen. Ensinnäkin unionin tuomioistuin katsoi, että koska vanhan HelB:n liiketoiminnan luovutus oli merkityksellinen kysymys komission suorittaman tutkinnan kannalta ja koska tämä luovutus tapahtui aloittamispäätöksen julkaisemisen jälkeen, komission oli julkaistava täydentävä aloittamispäätös, jossa otetaan huomioon tämä uusi merkityksellinen kysymys, jotta asianomaiset osapuolet voivat esittää huomautuksensa tästä nimenomaisesta seikasta. ⁽¹¹⁾ Unionin tuomioistuimen mukaan silloin, kun muodollisen tutkintamenettelyn aloittamista koskevan päätöksen jälkeen esiin tulevat uudet seikat ovat asetuksen 2015/1589 6 artiklan 1 kohdassa tarkoitettuja asiaan liittyviä oikeudellisia seikkoja ja tosiseikkoja, on julkaistava täydentävä aloittamispäätös, jotta komissio voi täyttää velvollisuutensa ilmoittaa näistä seikoista kaikille asianomaisille osapuolille, jotta ne voivat esittää huomautuksensa. ⁽¹²⁾ Unionin tuomioistuimen mukaan komissio oli ollut kesäkuusta 2015 lähtien tietoinen vanhan HelB:n liiketoiminnan luovutusprosessista ja uudelle HelB:lle tapahtuneen luovutuksen ja komission 28. kesäkuuta 2019 antaman päätöksen välillä oli ehtinyt kuluu kolme ja puoli vuotta. Komissio kuitenkin viittasi vuoden 2015 aloittamispäätöksessään ainoastaan vanhaan HelB:hen mahdollisena tuensaajana. Näin ollen tästä luovutuksesta tuli asetuksen 2015/1589 6 artiklan 1 kohdassa tarkoitettu tutkimisen kannalta merkityksellinen seikka, kun se oli saatettu komission tietoon ⁽¹³⁾. Jotta asianomaiset osapuolet voisivat esittää tehokkaasti huomautuksensa, kuten SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdassa ja asetuksen 2015/1589 6 artiklan 1 kohdassa edellytetään, unionin yleinen tuomioistuin katsoi, että komission oli julkaistava täydentävä aloituspäätös, jossa tämä uusi merkityksellinen seikka otetaan huomioon ⁽¹⁴⁾.
- (18) Toiseksi unionin tuomioistuin katsoi, että se, ettei komissio ollut ottanut valittajaa mukaan muodolliseen tutkintamenettelyyn, merkitsi olennaisen menettelymääräyksen rikkomista, ei menettelyvirhettä.
- (19) Unionin tuomioistuin hylkäsi toisen valitusperusteen, jossa valittaja väitti, että unionin yleinen tuomioistuin loukkasi suhteellisuusperiaatetta katsoessaan, ettei komissio ollut velvollinen määrittämään, missä määrin valtiontuki oli perittävä takaisin uudelta HelB:ltä. Suomen tehtävä on nimittäin määrittää sen valtiontuen määrä, joka on perittävä takaisin uudelta HelB:ltä. ⁽¹⁵⁾
- (20) Edellä mainittujen tuomioiden jälkeen vuoden 2015 aloittamispäätös on edelleen voimassa, koska sitä ei ole riitautettu, ja SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdan mukaista muodollista tutkintamenettelyä on jatkettu päätöksessä yksilöityjen toimenpiteiden osalta (ks. jäljempänä tämän päätöksen johdanto-osan (21) kappale). Sen vuoksi tällä päätöksellä täydennetään vuoden 2015 aloittamispäätöstä, ja sitä olisi luettava yhdessä vuoden 2015 aloittamispäätöksen kanssa.

2. KUVAUS

2.1. Toimenpiteiden kuvaus

- (21) Kuten tämän päätöksen johdanto-osan (1) kappaleessa todetaan, väitettyjen tukitoimenpiteiden kuvaus esitetään vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 19–46 kappaleessa ja Suomen viranomaisten huomautukset vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 47–65 kappaleessa.

⁽⁸⁾ Julkisasiamies Medinan ratkaisuehdotus – 16.5.2024, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:415.

⁽⁹⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641.

⁽¹⁰⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, 58 ja 63 kohta.

⁽¹¹⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, 55 ja 56 kohta.

⁽¹²⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, 53 kohta.

⁽¹³⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, 55 kohta.

⁽¹⁴⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, 56 kohta.

⁽¹⁵⁾ Tuomio 29.7.2024, Koiviston Auto Helsinki Oy v. komissio, C-697/22 P, ECLI:EU:C:2024:641, 83–85 kohta.

- (22) Helsingin kaupungin vanhalle HelB:lle ja sen edeltäjälle myöntämien neljän lainan osalta Helsingin kaupunki muutti muodollisen tutkintamenettelyn aloittamisen jälkeen osan lainoista vanhan HelB:n omaksi pääomaksi.
- (23) Vuoden 2002 kalustolainan osalta (täsmennetty vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 23–28 kappaleessa) Helsingin kaupunki vapautti 13. tammikuuta 2016 vanhan HelB:n⁽¹⁶⁾ velvollisuudesta maksaa takaisin lainan jäljellä oleva pääoma eli 10,7 miljoonaa euroa. Tätä ennen oli maksettu kalustolainan korot ja pääomasta oli maksettu takaisin 3,8 miljoonaa euroa.
- (24) Vuoden 2005 pääomalainaa (täsmennetty vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 29–31 kappaleessa), vuoden 2011 pääomalainaa (täsmennetty vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 32–34 kappaleessa) ja vuoden 2012 pääomalainaa (täsmennetty vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 35–37 kappaleessa) ei ole maksettu takaisin (ei pääomaa eikä korkoja). Muodollisen tutkintamenettelyn aloittamisen jälkeen Helsingin kaupunki muutti nämä lainat 11. joulukuuta 2015 vanhan HelB:n omaksi pääomaksi.

2.2. Kuvaus tuensaajasta ja HelB:n liiketoiminnan myynnistä muodollisen tutkintamenettelyn aloittamisen jälkeen

2.2.1. Helsingin Bussiliikenne Oy:n liiketoiminnan myynti Viikin Linja Oy:lle

- (25) Helsingin Bussiliikenne Oy oli joulukuuhun 2015 saakka kokonaan Helsingin kaupungin omistuksessa. Helsingin kaupunki⁽¹⁷⁾ myi Helsingin Bussiliikenne Oy:n liiketoiminnan 14. joulukuuta 2015 yksityiselle bussiliikenteen harjoittajalle Viikin Linja Oy:lle, jäljempänä „ostaja“, joka on kantelijoiden kilpailija ja Koiviston Auto Groupin (KAG) omistama Suomen suurin bussiliikenteen harjoittaja. Kauppa tehtiin 31. joulukuuta 2015. Julkista tarjouskilpailua ei järjestetty. Suomen viranomaisten mukaan Helsingin kaupunki otti yhteyttä useisiin mahdollisiin ostajiin eli Suomen ja ulkomaisilla markkinoilla toimiviin bussiliikenteen harjoittajiin⁽¹⁸⁾, mutta ainoastaan Viikin Linja Oy jätti tarjouksen.
- (26) Kauppahinnaksi sovittiin 24 210 193 euroa. Kauppaa koskeviin asiakirjoihin sisältyi myös määräys, jonka mukaan ostajalle maksettaisiin korvaus, jos vuoden 2015 aloittamispäätöksellä käynnistetyn menettelyn seurauksena esitettäisiin valtiontuen takaisinperintävaatimus. Osa myyntihinnasta eli 1 879 766 euroa talletettiin sulkutilille.⁽¹⁹⁾ Kuten sulkutilisopimuksessa todetaan, sulkutulijärjestelyn oli määrä olla voimassa, kunnes komissio on tehnyt lopullisen päätöksen asianomaisessa valtiontukiasiassa, tai enintään 31. joulukuuta 2022 saakka. Lisäksi neuvotteluissa sovittiin vuosiksi 2016–2020 lisäkauppahintamekanismista, joka sisällytettiin kauppakirjaan ja jonka perusteella ostaja sitoutui maksamaan myyjälle lisäsuorituksen samalle sulkutilille, jos ennalta määritetyt tuottotasot ylitetään.⁽²⁰⁾ Suomen viranomaiset totesivat myös, että HelB:n liiketoiminnan myynnistä saatu hinta oli markkinahinta, joka perustui Helsingin kaupungin riippumattomalta yhtiöltä, Inspira Oy:ltä, tilaamaan ennakoarviointiin⁽²¹⁾.

⁽¹⁶⁾ HelB oli tuolloin jo vaihtanut nimekseen Helsingin kaupungin Linja-autotoiminta Oy.

⁽¹⁷⁾ Muodollisesti kauppakirjan allekirjoittivat Helsingin Bussiliikenne Oy myyjänä ja Viikin Linja Oy ostajana. Kauppakirjasta tulisi sitova, kun myyjän ja Helsingin kaupungin päätöksentekovelimet ovat hyväksyneet myynnin.

⁽¹⁸⁾ Helsingin kaupunki otti yhteyttä seuraaviin: Nobina Oy, Pohjolan Liikenne Oy, Transdev/Veolia Transport Northern Europe AB, Koiviston Auto/Metsäpietilä Oy, Keolis Nordic AB, Arriva plc, First Group LLP, Stagecoach LLP ja Go-Ahead Plc.

⁽¹⁹⁾ Summa 1 879 766 euroa ja mahdollinen lisäkauppahinta oli tarkoitettu vakuudeksi maksuista, jotka myyjän on mahdollisesti suoritettava ostajalle sulkutilisopimuksen nojalla.

⁽²⁰⁾ Kauppakirjan lausekkeessa 3.4 määrätään, että jos vuosina 2016–2020 uuden HelB:n viiden vertailukelpoisen 12 kuukauden pituisen tilikauden käyttökatte (EBITDA) ylittää 4 200 000 euroa tilikaudelta, ostaja on velvollinen maksamaan näiltä tilikausilta lisäkauppahinnan. Lisäkauppahintaa maksetaan 50 prosenttia määrästä, jolla käyttökatte ylittää edellä mainitut 4 200 000 euroa.

⁽²¹⁾ Viima-projekti, kirjallinen perustelu kauppahinnasta, 21.9.2015.

- (27) Kauppakirjan ehtojen mukaisesti ostaja Viikin Linja Oy otti haltuunsa toiminimen „Helsingin Bussiliikenne Oy“. Kaupan jälkeen ostaja muutti nimensä muotoon „Helsingin Bussiliikenne Oy“ („uusi HelB“). Helsingin kaupungin omistama yritys „Helsingin Bussiliikenne Oy“ muutti nimekseen „Helsingin kaupungin Linja-autotoiminta Oy“ („vanha HelB“). Suomen viranomaisten mukaan⁽²²⁾ Helsingin kaupungin Linja-autotoiminta Oy ei ole ollut toiminnassa (eli ei ole harjoittanut liiketoimintaa) sen jälkeen, kun yritys myytiin 14. joulukuuta 2015. Vanhan HelB:n ylimääräinen yhtiökokous päätti 3. elokuuta 2020 asettaa yhtiön selvitystilaan osakeyhtiölain (624/2006) 20 luvun mukaisesti. Vanhan HelB:n likvidaatio päättyi 21. syyskuuta 2022, jolloin yhtiö merkittiin kaupparekisteriin puretuksi.
- (28) Joulukuun 14. päivänä 2015 tehty kauppa ei koskenut vanhan HelB:n osakkeita vaan sen koko liiketoimintaa, ja siihen sisältyivät vanhan HelB:n sopimukset (mukaan lukien kuljetuspalvelusopimus Helsingin seudun liikenteen kanssa), tilaukset ja tarjoukset, henkilöstö, käyttöomaisuus ja tavara-varasto, yrityksen liiketoiminnan vaatimat aineettomat oikeudet sekä sopimuksiin, tilauksiin ja tarjouksiin, henkilöstöön, omaisuuteen, aineettomaan omaisuuteen ja vuokra- ja lisenssisopimuksiin liittyvät vastuut ja velvollisuudet. Kaikki vanhan HelB:n 918 työntekijää siirtyivät uuteen HelB:hen.
- (29) Ne neljä lainaa, jotka vanha HelB oli saanut omistajaltaan Helsingin kaupungilta, eivät siirtyneet uudelle HelB:lle. Helsingin kaupunki vapautti vanhan HelB:n 13. tammikuuta 2016 velvollisuudesta maksaa takaisin jäljellä oleva kalustolainan pääoma eli 10,7 miljoonaa euroa ja muunsi pääomalainojen jäljellä olevat summat⁽²³⁾ vanhan HelB:n omaksi pääomaksi 11. joulukuuta 2015.

2.2.2. Koiviston Auto Groupin myynti CapMan Infralle

- (30) Uusi HelB pyysi 16. kesäkuuta 2021 yrityssaneerausmenettelyn aloittamista, ja toimivaltainen kansallinen tuomioistuimien hyväksyi hakemuksen. Helsingin kaupunki hyväksyi uuden HelB:n yrityssaneeraussuunnitelman 22. joulukuuta 2021. Osana yrityssaneerausmenettelyä uuden HelB:n holdingyhtiön Metsäpietilä Oy:n osakkeenomistajat sopivat 9. joulukuuta 2021 myyvänsä yhtiön koko osakepääoman yksityiselle pääomayhtiölle CapMan Infralle, joka on pohjoismainen infrastruktuurisijoittaja. CapMan Infra toteutti tämän osakehankinnan vastaperustetun kokonaan omistamansa suomalaisen osakeyhtiön Buffalo BidCo Oy:n kautta. Tämä johti Koiviston Auto Groupin omistuksen vaihtumiseen. Hankinta ei muuttanut uuden HelB:n oikeudellista rakennetta, henkilöstöä, omaisuutta eikä muitakaan tekijöitä. Osana liiketoimea uusi HelB sai uutta rahoitusta. Yrityssaneerausmenettely päättyi helmikuussa 2022, kun Koiviston Auto Group myytiin ja kaikki saneerausvelat, myös valtiontukivelka, maksettiin kokonaisuudessaan uuden HelB:n saamista uusista varoista ja omista varoista.
- (31) Suomen viranomaisten mukaan⁽²⁴⁾ Helsingin Bussiliikenne Oy on rekisteröinyt yrityksen nimenmuutoksen, ja yrityksen toiminimi on 4. elokuuta 2023 alkaen Koiviston Auto Helsinki Oy. Helsingin Bussiliikenne on ollut aputoiminimi samasta päivästä lähtien.

3. ARVIOINTI

3.1. Toimenpiteiden arviointi (valtiontuen olemassaolo, toimenpiteiden sääntöjenmukaisuus, soveltuvuus sisämarkkinoille)

- (32) Komission arvio valtiontuen olemassaolosta esitetään vuoden 2015 aloittamispäätöksen johdanto-osan 66–97 kappaleessa. Komission arvio toimenpiteiden sääntöjenmukaisuudesta esitetään kyseisen päätöksen johdanto-osan 98 kappaleessa, ja sen arvio toimenpiteiden soveltuvuudesta sisämarkkinoille esitetään kyseisen päätöksen johdanto-osan 99–117 kappaleessa.

⁽²²⁾ Suomen 30. elokuuta 2024 toimittamat tiedot.

⁽²³⁾ Pääomalainojen korkoja lukuun ottamatta, sillä pääomalainasopimusten ehtojen mukaisesti maksettavia korkoja ei ollut, koska vanha HelB tuotti tappioita.

⁽²⁴⁾ Suomen 30. elokuuta 2024 toimittamat tiedot.

3.2. Vanhan HelB:n ja uuden HelB:n (nykyisin Koiviston Auto Helsinki Oy) välisen taloudellisen jatkuvuuden arviointi

3.2.1. Vanhan HelB:n ja uuden HelB:n välinen taloudellinen jatkuvuus

- (33) Komissiolle ei ole selvää, olisiko vanhan HelB:n liiketoiminnan myynti voinut johtaa taloudelliseen jatkuvuuteen vanhan HelB:n ja uuden HelB:n välillä ja saiko uusi HelB sen vuoksi tosiasiallisesti johdanto-osan 31 kappaleessa tarkoitettua mahdollisen edun.
- (34) Kun komissio on todennut, että tuki ei sovellu sisämarkkinoille, SEUT-sopimuksen ja vakiintuneen oikeuskäytännön mukaan komissiolla on toimivalta päättää, että kyseisen jäsenvaltion on poistettava tuki tai muutettava sitä. ⁽²⁵⁾ Tuomioistuimen vakiintuneen oikeuskäytännön mukaan jäsenvaltiolle asetetulla velvollisuudella poistaa komission sisämarkkinoille soveltumattomaksi katsoma valtiontuki pyritään palauttamaan aikaisempi markkinatilanne. Tässä yhteydessä unionin tuomioistuin on vahvistanut, että tavoite on saavutettu, kun tuensaaja on palauttanut sisämarkkinoille soveltumattomalla tuella saamansa määrät, jolloin se menettää markkinoilla kilpailijoihinsa verrattuna saamansa edun ja tuen suorittamista edeltänyt tilanne palautuu. ⁽²⁶⁾
- (35) Lisäksi oikeuskäytännön mukaan ⁽²⁷⁾ takaisinperintävelvollisuus – eli jäsenvaltion velvollisuus periä sääntöjen vastainen ja sisämarkkinoille soveltumaton valtiontuki tuensaajalta takaisin ⁽²⁸⁾ – voidaan ulottaa myös sellaiseen uuteen yhtiöön, jolle kyseinen yhtiö on luovuttanut tai myynyt osan omaisuuseristään, jos luovutuksen tai kaupan rakenteen johdosta voidaan päätellä, että näiden kahden yhtiön välillä on taloudellinen jatkuvuus.
- (36) Kuten tämän päätöksen johdanto-osan (25)–(29) kappaleessa todetaan, sen jälkeen kun muodollinen menettely oli käynnistetty vuonna 2015, vanhan HelB:n liiketoiminta myytiin yksityiselle bussiliikenteen harjoittajalle Viikin Linja Oy:lle (Koiviston Auto Groupin osa), joka muutti sitten nimekseen „Helsingin Bussiliikenne“ ja josta tuli siten uusi HelB.
- (37) Multimedia-asiaa koskevan oikeuskäytännön ⁽²⁹⁾ ja komission päätöskäytännön ⁽³⁰⁾ mukaan arvio taloudellisen toiminnan jatkuvuudesta tuensaajan ja sen yhtiön välillä, jolle tuensaajan omaisuus luovutettiin, tehdään tapauskohtaisesti ja perustuu joukkoon indikaattoreita. Seuraavat seikat voidaan ottaa huomioon: i) luovutuksen kohde (varat ja velat, henkilöstön jatkuvuus, yhteensidotut varat); ii) luovutuksen hinta; iii) ostajayrityksen ja alkuperäisen yrityksen osakkaiden tai omistajien henkilöllisyys; iv) luovutuksen toteuttamisajankohta (sijoittuuko se tutkinnan käynnistämisen, muodollisen tutkintamenettelyn aloittamisen tai lopullisen päätöksen jälkeen); v) toimen taloudellinen logiikka. ⁽³¹⁾

⁽²⁵⁾ Ks. yhteisöjen tuomioistuimen tuomio 12.7.1973, komissio v. Saksa, C-70/72, ECLI:EU:C:1973:87, 13 kohta.

⁽²⁶⁾ Ks. yhteisöjen tuomioistuimen tuomio 17.6.1999, Belgia v. komissio, C-75/97, ECLI:EU:C:1999:311, 64 ja 65 kohta.

⁽²⁷⁾ Unionin yleisen tuomioistuimen tuomio 28.3.2012 *Ryanair v. komissio*, T-123/09, ECLI:EU:T:2012:164, 155 kohta.

⁽²⁸⁾ Ks. komission tiedonanto sääntöjen vastaisen ja sisämarkkinoille soveltumattoman valtiontuen takaisinperinnästä, C/2019/5396 (EUVL C 247, 23.7.2019, s. 1).

⁽²⁹⁾ Yhteisöjen tuomioistuimen tuomio 8.5.2003, Italia ja SIM 2 Multimedia v. komissio, yhdistetyt asiat C-328/99 ja C-399/00, ECLI:EU:C:2003:252.

⁽³⁰⁾ Komission päätös, tehty 17 päivänä syyskuuta 2008, asioissa N 321/2008, N 322/2008 ja N 323/2008, jotka Kreikka on pannut täytäntöön – *Vente de certains actifs d'Olympic Airlines/Olympic Airways Services* (EUVL C 18, 23.1.2010, s. 9); komission päätös, tehty 12 päivänä marraskuuta 2008, asiassa N 510/2008, jonka Italia on pannut täytäntöön – *Sale of assets of Alitalia* (EUVL C 46, 25.2.2009, s. 6); komission päätös, annettu 4 päivänä huhtikuuta 2012, asiassa SA.34547, jonka Ranska on pannut täytäntöön – *Reprise de actifs du groupe SERNAM dans le cadre de son redressement judiciaire* (EUVL C 305, 10.10.2012, s. 10).

⁽³¹⁾ Unionin yleinen tuomioistuin vahvisti tämän indikaattorijoukon ensimmäisen kerran 28. toukokuuta 2012 annetussa tuomiossa asiassa *Ryanair v. komissio* (yleisen tuomioistuimen tuomio 28.3.2012, *Ryanair v. komissio*, T-123/09, ECLI:EU:T:2012:164, 155 kohta).

- (38) Vaikuttaa siltä, että ainoa muutos, joka tapahtui, kun vanhan HelB:n liiketoiminta myytiin Viikin Linja Oy:lle, koski oikeushenkilöä, johon uusi HelB kuului, sillä HelB:n liiketoiminnan alkuperäisten ja uusien omistajien välillä ei ollut yhteyksiä. Vanhan HelB:n liiketoiminta myytiin sen jälkeen, kun komissio oli käynnistänyt muodollisen tutkintamenettelyn. Se myytiin jatkuvana toimintana, ja kaikki sen työntekijät, omaisuus ja sopimukset siirrettiin uudelle HelB:lle. Vaikuttaa siltä, että uusi HelB jatkoi vanhan HelB:n liiketoimintaa ja käytti vanhan HelB:n omaisuutta samalla tavalla ja samaan tarkoitukseen kuin vanha HelB. Edellä esitetyn perusteella on kyseenalaista, vastasiko vanhan HelB:n liiketoiminnasta maksettu myyntihinta tarkasti markkinahintaa – eikä ollut markkinahintaa alhaisempi – sillä kauppaa ei ollut järjestetty tarjouskilpailumenettelyssä eikä Suomen esittämän arvion uskottavuutta (ks. johdanto-osan (26) kappale) ole osoitettu.

3.2.2. Koiviston Auto Helsinki Oy

- (39) Kuten tämän päätöksen johdanto-osan (30)–(31) kappaleessa todetaan, uuden HelB:n holdingyhtiön Metsäpietilä Oy:n osakkeenomistajat päättivät joulukuussa 2021 myydä Koiviston Auto Groupin, johon uusi HelB kuului, CapMan Infralle osakekaupalla. Kaupan jälkeen uuden HelB:n toiminimeksi vaihtui Koiviston Auto Helsinki Oy 4. elokuuta 2023. Ei ole viitteitä siitä, että Koiviston Auto Helsinki Oy:n omistus olisi muuttunut 4. elokuuta 2023 jälkeen tai että sen omaisuus olisi sittemmin myyty kokonaan tai osittain.⁽³²⁾
- (40) Koska kauppa koski ainoastaan uuden HelB:n emoyhtiön eli Koiviston Auto Groupin osakkeenomistuksen muutosta, tästä seuraa, että Koiviston Auto Helsinki Oy on sama oikeushenkilö kuin uusi HelB, ja se toimii nyt uudella toiminimellä ja jatkaa uuden HelB:n liiketoimintaa.

4. PÄÄTELMÄT

Edellä esitetyn perusteella komissio katsoo alustavasti, että vanhan HelB:n ja uuden HelB:n, joka on 4. elokuuta 2023 alkaen ollut nimeltään Koiviston Auto Helsinki Oy, välillä saattaa olla taloudellista jatkuvuutta. Jos Suomen vanhalle HelB:lle myöntämä etu katsotaan sääntöjenvastaiseksi ja sisämarkkinoille soveltumattomaksi valtiontueksi, vanhalle HelB:lle myönnetyn valtiontuen takaisinperintävelvollisuus voitaisiin ulottaa koskemaan uutta HelB:tä, nykyistä Koiviston Auto Helsinki Oy:tä.

Otaen huomioon edellä esitetyn komissio kehottaa Suomea SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdassa tarkoitetun menettelyn mukaisesti esittämään huomautuksensa ja toimittamaan toimenpiteiden ja taloudellisen jatkuvuuden arvioimiseksi tarpeelliset tiedot kuukauden kuluessa tämän kirjeen vastaanottamisesta. Komissio kehottaa Suomen viranomaisia toimittamaan välittömästi jäljennöksen tästä kirjeestä mahdolliselle tuensaajalle.

Komissio ilmoittaa Suomelle tiedottavansa asiasta asianomaisille julkistamalla tämän kirjeen ja julkaisemalla tiivistelmän siitä *Euroopan unionin virallisessa lehdessä*. Komissio tiedottaa asiasta myös ETA-sopimuksen allekirjoittaneiden EFTA-maiden asianomaisille julkaisemalla tiedonannon *Euroopan unionin virallisen lehden* ETA-täydennysosassa sekä EFTA:n valvontaviranomaiselle lähettämällä sille jäljennöksen tästä kirjeestä. Kaikkia mainittuja asianomaisia kehoitetaan esittämään huomautuksensa kuukauden kuluessa julkaisupäivästä.

⁽³²⁾ Komission tiedonanto sääntöjenvastaisen ja sisämarkkinoille soveltumattoman valtiontuen takaisinperinnästä, C/2019/5396 (EUVL C 247, 23.7.2019, s. 1), 90 kohta.



C/2025/1850

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11875 — CEMENT AUSTRALIA / BGC CEMENTITIOUS)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1850)

Am 17. März 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11875 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2025/1851

26.3.2025

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.114934

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1851)

Datum der Annahme der Entscheidung	18.2.2025
Nummer der Beihilfe	SA.114934
Mitgliedstaat	Finnland
Region	Finnland
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Act on Tax Credit for Certain Large Investments Aiming at a Climate Neutral Economy
Rechtsgrundlage	Act on tax credits for certain large investments aiming at a climate neutral economy
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats, Umweltschutz
Form der Beihilfe	Steuerfreibetrag
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 2 300 000 000 EUR
Beihilfemaximalintensität	20.0%
Laufzeit	bis zum 31.12.2025
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Innovaatio- ja tutkimuskeskus Business Finland (Innovation Funding Agency Business Finland) Porkkalankatu 1, Helsinki
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2025/1853

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11884 — HUNAN YUNCHU / MINMETALS NEW ENERGY / TMCI / MEIWA / JV)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1853)

Am 13. März 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11884 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2025/1854

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11920 — ALCENTRA / PEOPLE & BABY)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1854)

Am 11. März 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11920 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2025/1855

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11925 — ALAT / TKE / KSA JV)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1855)

Am 19. März 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11925 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2025/1856

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11843 — ARES / MACQUARIE / DATA REALTY GROUP / PRIME DATA CENTERS)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1856)

Am 18. März 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11843 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2025/1858

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11919 — PURE HEALTH HOLDING / HELLENIC HEALTHCARE)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1858)

Am 18. März 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11919 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2025/1860

26.3.2025

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11859 — ARROW GLOBAL / IQERA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2025/1860)

Am 20. Februar 2025 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32025M11859 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



Liste der förmlich aus dem Besitzstand zu streichenden Rechtsakte

(C/2025/1929)

Durchführungsbeschluss (EU) 2019/417 der Kommission vom 8. November 2018 zur Festlegung von Leitlinien für die Verwaltung des gemeinschaftlichen Systems zum raschen Informationsaustausch „RAPEX“ gemäß Artikel 12 der Richtlinie 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit und für das dazugehörige Meldesystem.

(Abl. L 73 vom 15.3.2019, S. 121, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2019/417/oj>)
